



Informationen für die Bildungs- und Berufsberatung

Ausgabe Nr. 11 vom 16. September 2005
Die iBB im Internet: www.Kohnpage.de/iBB

Entwicklung in der Binnenschifffahrt



Je stärker der strukturelle Wandel des Wirtschaftens und Arbeitens spürbar wird, umso deutlicher zeichnet sich auch ab der Trend zu den höher qualifizierten Berufen. Gerade in der Förderung benachteiligter Jugendlicher scheint das Bemühen um die Integration in Ausbildung und Arbeit immer schwieriger zu werden. Diese Sichtweise verführt manche Akteure in diesem Bereich dazu, in der Suche nach aussichtsreichen Berufen für diese Zielgruppe nachzulassen. Wo alles ohnehin trübe

Inhalt

| | |
|--|----|
| Entwicklung in der Binnenschifffahrt | 1 |
| Bulmahn: "Jugendliche sind für Ausbildung hoch motiviert" BMBF veröffentlicht neue Broschüre zum Start in die Ausbildung | 4 |
| Erster Aufbau-Studiengang Beratungswissenschaften in Deutschland | 5 |
| Aufenthalt und Arbeit in Deutschland nach einem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit | 6 |
| „Wer weiß, ob es für meine Kinder noch Berufsbera- tung geben wird?“ - Beraterverband sucht Verbün- dete und macht Druck auf die Politik | 10 |
| Positionen einzelner Parteien im Bereich der Arbeitsmarktpolitik | 13 |
| Zur „Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen“ | 25 |
| Schüler scheitern an Berufstests | 30 |
| Nachhilfe für leise Lenker | 32 |
| Veranstaltungshinweise | 34 |
| Impressum | 42 |

erscheint und mancher regionale Arbeitsmarkt als überhaupt nicht mehr aufnahmefähig definiert wird, da lässt es sich auch bequem beim Gewohnten bleiben. Und so wird beispielsweise in der außerbetrieblichen Ausbildung seit Jahren so mancher Beruf weiter ausgebildet, der tatsächlich nur selten zur Überwindung der zweiten Schwelle führt.

Aber auch im strukturellen Wandel gibt es weiterhin Chancen auch für diejenigen, denen die Beschäftigung mit abstrakten Inhalten weniger gegeben ist. Und im wachsenden Dienstleistungssektor entstehen ganz neue Berufe auch gerade für diese Zielgruppe. An der Palette neu entwickelter dualer Ausbildungsberufe lässt sich das gut ablesen. Chancen warten aber auch in jenen Bereichen, die (trotz aller konjunktureller Schwankungen) traditionell eine relativ stabile Beschäftigung aufweisen, aber nicht im Fokus der Drehbuchautoren von Vorabendserien stehen. So mancher Ausbilder im Fleischer- oder Bäckerhandwerk weiß ein Lied davon zu singen. Und der Altersabgang in der bekannten demografischen Dynamik resultiert auch in nicht PR-verwöhnten Branchen im Bedarf nach schlichtem Ersatz ausscheidender Fachkräfte.

Eine typische Branche in dieser Situation ist auch die Binnenschifffahrt: Der große Abbau von Personal im strukturellen Wandel liegt Jahre zurück und das Auf und Ab in der Auftragslage ergibt seit dieser Zeit einen stabilen Mittelwert, Der Beruf erfordert einen Mix aus körperlichen und geistigen Fähigkeiten, der nicht nur von einer Minderheit der Jugendlichen erfüllt werden kann, aber Nachwuchs ist knapp, und das Interesse von Medien, Berufsberatern und selbst der sozial engagierten Benachteiligtenförderer hält sich in Grenzen. Wir dokumentieren Textpassagen aus zwei detaillierten Artikeln, die die Entwicklung der Branche schildern. Sie sind erschienen in der Fachzeitschrift des Statistischen Bundesamtes: *Wirtschaft und Statistik*, Ausgabe Nr. 6/2005. (K.K.)

Die Binnenschifffahrt nimmt in Deutschland nach Straße, Schiene und Seeschifffahrt im Güterverkehr den vierten Platz ein.
[...]



In der Binnenschifffahrt waren Mitte 2003 in deutschen Unternehmen 7.690 Personen beschäftigt. Während sich die Gesamtzahl der Beschäftigten kaum änderte, kam es in der Untergliederung nach Tätigkeiten zu Verschiebungen: Das fahrende Personal nahm um 87 Beschäftigte auf 6.075 Personen ab, parallel dazu waren an Land mit 1.615 Personen 88 Beschäftigte mehr als im Vorjahr tätig.
[...]

Nach dem im Jahr 2003 wegen Trockenheit zu verzeichnenden Einbruch der Binnenschifffahrt auf deutschen Wasserstraßen konnte im letzten Jahr wieder eine starke Zunahme des Transportvolumens festgestellt werden. Mit knapp 236 Mill. t beförderter Güter wurde nicht nur die im Jahr 2003 beförderte Gütermenge von 220 Mill. t um über 7% übertroffen, dieses Ergebnis lag auch um 4 Mill. t oder knapp 2% über dem von 2002. Die Transportleistung wies im vergangenen Jahr mit fast 64 Mill. Tonnenkilometern (tkm) sogar eine Zunahme von 9,5% auf, lag damit aber noch 0,8% unter dem Stand von 2002. Ebenfalls stark angestiegen ist im Jahr 2004 der Güterumschlag in den deutschen Binnenhäfen.

Mit gut 267 Mill. t wurde das entsprechende Ergebnis von 2003 um knapp 15 Mill. t oder 5,9% übertroffen. Verglichen mit 2002 liegt die

Zunahme bei 5,3 Mill. t bzw. etwas über 2%. Besonders positiv haben sich 2004 mit Zunahmen von über 12% der Durchgangsverkehr und von gut 11% der Versand in das Ausland entwickelt. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass gerade der Durchgangsverkehr, der zum größten Teil auf dem Rhein stattfindet, von allen Verkehrsrelationen 2003 den größten Rückgang aufgewiesen hatte.

Auch der starke Anstieg im vergangenen Jahr konnte diesen Einbruch noch nicht wieder vollständig ausgleichen, sodass der Durchgangsverkehr – Gleiches gilt auch für den innerdeutschen Binnenschiffsverkehr – noch nicht wieder das Niveau von 2002 erreicht hat.

Ein anderes Bild zeigt sich beim Versand ins Ausland, der um über 11% zugenommen hat. Mit einer Beförderung von 51,4 Mill. t wurde nicht nur das Ergebnis von 2002 um 4,7% überschritten, auch innerhalb der letzten zehn Jahre ist dies der höchste erreichte Wert, der damit die Stärke der deutschen Exportgüterindustrie widerspiegeln dürfte. Wesentlich geringer gestiegen ist mit etwas über 6% der Empfang aus dem Ausland, der bei einer Beförderungsmenge von gut 105 Mill. t die bei weitem wichtigste Verkehrsrelation darstellt und fast 45% des Gesamtverkehrs ausmacht.

Mit dem 2004 erreichten Wert konnte zwar der Einbruch von 2003 wieder ausgeglichen und auch das Ergebnis von 2002 überschritten werden, innerhalb der letzten Dekade gab es jedoch Jahre, in denen diese Verkehrsrelation schon erheblich höhere Ergebnisse aufgewiesen hat (das Maximum lag bei 109,3 Mill. t im Jahr 2000).

Nach Güterabteilungen differenziert, zeigen sich im Gesamtverkehr Zuwachsraten zwischen knapp 4% bei den Mineralölprodukten und 13,2% bei Halb- und Fertigerzeugnissen. Eine Ausnahme bilden lediglich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Beförderungsmenge um 4,8% zurückgegangen ist.

Weiterhin auf einem stabilen Wachstumspfad ist der Containerverkehr. Mit 1,944 Mill. TEU (= Twenty-foot-Equivalent-Unit) ist hier gegenüber dem Jahr 2003 eine Zunahme von über 17% zu verzeichnen. Fortgesetzt hat sich 2004 der Rückgang des Beförderungsanteils von Schiffen unter deutscher Flagge. Zwar konnten deutsche Schiffe ihre Transportmenge um 2,2% und die tonnenkilometrische Leistung um 5,9% steigern, diese Zunahmen lagen aber erheblich unter denen von 7,2% bei der Transportmenge im Binnenschiffverkehrsverkehr insgesamt bzw. 9,5% bei der Transportleistung.

Begriffe aus der Binnenschifffahrt

Partikulier:

Besitzt in der Regel ein bis drei Schiffe. Das Schiff dient gleichzeitig als Arbeits- und Wohnstätte. Er verfügt über keine kaufmännische Landorganisation.

Reeder:

Sie setzen eigenen oder fremden Schiffsraum zum Erwerb ein. Es herrscht eine strikte Trennung zwischen der kaufmännischen Landorganisation und der technischen Transportdurchführung.

Befrachter:

Er schließt mit dem Absender Frachtverträge und mit dem ausführenden Frachtführer Unterfrachtverträge, er hat also eine Doppelfunktion (Frachtführer und Absender). ACHTUNG: In der Seeschifffahrt ist ein Befrachter nur der frachtbriefmäßige Absender!

Quelle: www.WIKIPEDIA.de

Bulmahn: "Jugendliche sind für Ausbildung hoch motiviert" BMBF veröffentlicht neue Broschüre zum Start in die Ausbildung

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 30.08.2005

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn sieht unter den jungen Menschen eine hohe Bereitschaft, sich für ihre berufliche Karriere einzusetzen. "Die Jugendlichen sind für die Ausbildung hoch motiviert", sagte Bulmahn am Dienstag in Berlin. Dies müsse die Wirtschaft stärker für sich nutzen. "Unser Land vergibt wichtige Chancen, weil noch nicht einmal jedes dritte Unternehmen ausbildet." Die Jugendlichen müssten sich ihrerseits stärker über die Möglichkeiten des Ausbildungsmarktes informieren, sagte die Ministerin.

Tipps für den Start in das Berufsleben gibt der neue Ratgeber "Schule - und dann?" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Er beantwortet die drängenden Fragen: "Wie soll es nach der Schule weiter gehen, wie finde ich meinen Traumberuf und wie bewerbe ich mich richtig?" Der Ratgeber hilft dabei, eigene Stärken kennen zu lernen und gezielt einen Beruf zu finden, der zu einem passt. Außerdem bietet er Vorschläge für das Verfassen von Bewerbungen.

Bulmahn appellierte an die Jugendlichen, nicht nur an die bekanntesten Berufe zu denken, sondern das breite Spektrum der 350

verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten zu nutzen. "Gerade in den Zukunftsbranchen wie Logistik, die Biotechnologie und auch im Gesundheits- und Fitnessbereich gibt es viele spannende Lehrberufe."

Die BMBF-Broschüre gibt auch denen Rat und Hilfe die sich noch nicht fit für den Lehrstellenmarkt fühlen. Darüber hinaus gibt es Informationen über staatliche Förderungen oder Ausbildungen im Ausland. Das Kapitel "Karriere mit Lehre" schließt den Ratgeber mit Hinweisen zu Weiterbildung und Selbstständigkeit ab.

Die Broschüre erhalten Sie als Download im Internet unter:

http://www.bmbf.de/pub/schule_und_dann.pdf

sowie

Bundesministerium
für Bildung und Forschung
Postfach 30 02 35
53182 Bonn
Tel.: 01805-262302
Fax: 01805-262303 (jeweils 0,12 Euro/min aus
dt. Festnetz)

Erster Aufbau-Studiengang Beratungswissenschaften in Deutschland

Technische Universität Dresden und Dresden International University
starten im Sommersemester 2006 den Weiterbildungsstudiengang
Counselling Studies

Quelle. Pressemitteilung der beteiligten Hochschulen vom 17. August 2005

Den universitären Masterstudiengang "Counselling Studies" (Beratungswissenschaften) bieten die TU Dresden und die Dresden International University in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) ab dem Sommersemester 2006 an. Das berufsbegleitende viersemestrige Weiterbildungsprogramm richtet sich an Hochschulabsolventen verschiedener sozial-, geistes-, wirtschafts- oder gesundheitswissenschaftlicher Disziplinen mit mindestens einjähriger beruflicher Beratungserfahrung, die ihre Kompetenzen und Qualifikationen für Lehr-, Konzeptions-, Koordinations- und Leitungsaufgaben im Beratungsbereich wissenschaftlich fundieren und erweitern wollen. Der anwendungsorientierte Studiengang umfasst die Vermittlung der theoretischen Grundlagen sowie der methodischen Praxis innovativer (z. B. konstruktiver, lösungs- und ressourcenbezogener, system- und netzwerkorientierter etc.) Beratungskonzepte. Durch die Verknüpfung von Beratungstheorie, Beratungsforschung und Beratungspraxis einschließlich einer intensiven Supervision und Praxisreflexion vermittelt der Masterstudiengang "Coun-

selling Studies" feldübergreifendes Beratungswissen und generalisierte Beratungskompetenzen, wodurch die Absolventen des Studiengangs zukünftig in verschiedensten Funktionen und Feldern im Beratungsbereich einsetzbar sind. Angelehnt an angloamerikanische Vorbilder und in der Rahmenorientierung der Deutschen Gesellschaft für Beratung (DGfB) stehen in der handlungsbezogenen Lehre die Konzeption, Durchführung, Qualitätssicherung und Evaluation von Beratungsprozessen im Mittelpunkt. Das Studium bietet seinen Teilnehmern zwei Vertiefungsschwerpunkte in den Bereichen "Beratung in Bildung, Beruf und Beschäftigung" und "Beratung in Gesundheitswesen und psychosozialer Versorgung". Absolventen erhalten den akademischen Abschluss "Master of Arts" (M.A.) der TU Dresden. Bewerbungen für den Studiengang sind ab sofort möglich.

Ansprechpartner:
Dr. Sigrid Uhlig
Tel : (0351) 463-35672
Fax : (0351) 463-33956
Mail: sigrid.uhlig@di-uni.de

Weitere Informationen:

<http://www.dresden-international-university.com/595.html>

Aufenthalt und Arbeit in Deutschland nach einem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts hat in zahlreichen Fällen zum Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft geführt – immer dann, wenn Menschen auch eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben. In der Beratung zu Bildungs- und Berufsfragen kann es deshalb spezifische Fragen zu Aufenthalt und Arbeit geben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund am 21. Juli 2005 eine Broschüre mit dem Titel Verlust der

deutschen Staatsangehörigkeit - Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche herausgegeben, in der das Problem beschrieben wird, die entsprechende Verwaltungspraxis in den einzelnen Bundesländern ausführlich dargestellt werden (mit Links zu den jeweiligen Länderinformationsquellen im Internet) und häufig gestellte Fragen aus der Beratungspraxis der Gewerkschaften beantwortet werden. Wir dokumentieren den ersten Teil zur Problembeschreibung und Auszüge aus dem Frageteil.

1. Das Problem und die Rechtslage

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999/2000 wurde eine bis dahin gültige Regelung abgeschafft, nach der deutsche Staatsangehörige die Möglichkeit hatten, eine weitere Staatsangehörigkeit anzunehmen, ohne den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit befürchten zu müssen, allerdings nur sofern sie im Inland (Inländerklausel) wohnten. Von dieser Regelung machten vor allem eingebürgerte Migrantinnen und Migranten Gebrauch.

Mit dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetz am 1.1.2000 gilt nach § 25, wer eine andere Staatsangehörigkeit beantragt und annimmt, verliert seine deutsche Staatsangehörigkeit, sofern die Beibehaltung (gemäß § 25 Abs. 2) nicht erlaubt ist.

§ 25 Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

(1) Ein Deutscher verliert seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag oder auf den Antrag des gesetzlichen Vertreters erfolgt, der Vertretene jedoch nur, wenn die Voraussetzungen

vorliegen, unter denen nach § 19 (1) die Entlassung beantragt werden könnte.

(2) Die Staatsangehörigkeit verliert nicht, wer vor dem Erwerbe der ausländischen Staatsangehörigkeit auf seinen Antrag die schriftliche Genehmigung von der zuständigen Behörde zur Beibehaltung seiner Staatsangehörigkeit erhalten hat. Hat ein Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, ist die deutsche Auslandsvertretung zu hören. Bei der Entscheidung über einen Antrag nach Satz 1 sind die öffentlichen und privaten Belange abzuwägen. Bei einem Antragsteller, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, ist insbesondere zu berücksichtigen, ob er fortbestehende Bindungen an Deutschland glaubhaft machen kann.

In Unkenntnis dieser Regelung oder weil Menschen angenommen haben, die Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit würde nicht öffentlich werden, oder aber weil die Regierungen anderer Länder bei Familienproblemen den Menschen die Staatsangehörigkeit quasi

aufdrängen, haben nach unserer Einschätzung bis zu 90.000 Menschen nach dem Jahr 2000 (2) die deutsche Staatsangehörigkeit verloren. Betroffen sind Menschen türkischer Herkunft genauso wie Spätaussiedler. Da die größte Gruppe türkischer Herkunft ist, konzentrieren sich Politik und Öffentlichkeit auf diese Gruppe.

(1) Nach § 19 Staatsangehörigkeitsgesetz bedarf die Entlassung des Antrages des gesetzlichen Vertreters eines Minderjährigen und der Genehmigung des deutschen Vormundschaftsgerichtes.

(2) Relevant ist das Datum der Annahme der anderen Staatsangehörigkeit

Mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden sind vor allem zwei Probleme:

a) Die betroffenen Menschen sind in Deutschland Ausländer und unterliegen den ausländerrechtlichen Bestimmungen, d.h. sie benötigen eine Aufenthaltserlaubnis.

b) Da die Betroffenen keine deutschen Staatsangehörigen mehr sind, dürfen sie auch an den Wahlen nicht teilnehmen.

Die vom gesetzlichen Verlust Betroffenen müssen bei der Ausländerbehörde eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Die rechtliche Grundlage dafür bietet § 38 des Aufenthaltsgesetzes:

§ 38 Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche (Aufenthaltsg)

(1) Einem ehemaligen Deutschen ist

1. eine Niederlassungserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deut-

schen Staatsangehörigkeit seit fünf Jahren als Deutscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte,

2. eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn er bei Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit seit mindestens einem Jahr seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet hatte.

Der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels nach Satz 1 ist innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis vom Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen. § 81 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) Einem ehemaligen Deutschen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt.

(3) In besonderen Fällen kann der Aufenthaltstitel nach Absatz 1 oder 2 abweichend von § 5 erteilt werden.

(4) Die Aufenthaltserlaubnis nach Absatz 1 oder 2 berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist innerhalb der Antragsfrist des Absatzes 1 Satz 2 und im Fall der Antragstellung bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde über den Antrag erlaubt.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung auf einen Ausländer, der aus einem nicht von ihm zu vertretenden Grund bisher von deutschen Stellen als Deutscher behandelt wurde.

[...]

3. Häufig gestellte Fragen

In der Anlage finden sich die beiden Informationsblätter (allgemeine Informationen und für Personen türkischer Herkunft) des hessischen Innenministeriums, dass auf viele der Fragen eine erste Antwort geben kann. Dennoch bleiben einige in den gewerkschaftlichen Diskussionen immer wieder kehrende politische und rechtspolitische Fragestellungen, unbeantwortet. Da es ein unterschiedliches Vorgehen der Bundesländer gibt und sie auch die Ermessensspielräume verschieden auslegen, können an dieser Stelle keine abschließenden Bewertungen vorgenommen werden. Im übrigen, das zeigen auch die letzten Wochen, ergeben sich im Laufe der Verfahren immer neue – bislang nicht berücksichtigte – Problemstellungen.

=> Verlieren nur eingebürgerte Menschen türkischer Herkunft die deutsche Staatsangehörigkeit?

Nein!

Grundsätzlich gilt: Ein deutscher Staatsangehöriger verliert die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn er auf Antrag nach dem 31.12.1999 eine ausländische Staatsangehörigkeit erhalten hat, sofern die deutschen Behörden keine Beibehaltung genehmigt haben. Auch wenn Menschen türkischer Herkunft wegen der Wiedereinbürgerungspraxis der Türkei wohl die größte Gruppe darstellt, so sind auch betroffen, z.B. Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, die eine Einbürgerung in die Nachfolgestaaten erhalten haben oder auch Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Aus Sicht der Betroffenenverbände und auch des DGB mag die Konzentration auf Menschen türkischer Herkunft angesichts der Mitteilungen des türkischen Staates (ca. 50.000 Menschen seien wieder eingebürgert worden) nachvollziehbar sein, eine Diskriminierung stellt sie dennoch dar.

[...]

=> Welchen Aufenthaltsstatus erhalten die ehemaligen Deutschen?

Grundsätzlich gelten die Bestimmungen nach § 38 Aufenthaltsgesetz. Entsprechend Absatz 1 besitzen Personen, die mindestens 5 Jahre deutsche Staatsangehörige waren und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatten, einen Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis (unbefristeter Aufenthalt). Personen, die – zum Zeitpunkt des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit – länger als 1 Jahr rechtmäßig in Deutschland gelebt haben, besitzen einen Anspruch auf Erteilung einer (befristeten) Aufenthaltserlaubnis.

Ein gesetzlicher Anspruch besteht für Menschen türkischer Herkunft nach dem Assoziationsabkommen der Türkei mit der EU und dem Beschluss (ARB 1/80) des Assoziationsrates vom 19. September 1980 – so die Auffassung der meisten Bundesländer und des Bundesinnenministeriums (Brief vom 13. Januar 2005) – wenn sie seit einer bestimmten Zeit dem deutschen Arbeitsmarkt angehören. Für Familienangehörige gelten entsprechende Regelungen. Die deutsche Einbürgerung stellt dabei nach Auffassung des BMI keine aufenthaltsrechtlich relevante Unterbrechung dar.

Hinsichtlich der weiteren Voraussetzung zur Erteilung eines Aufenthaltstitels gelten grundsätzlich die Bestimmungen des § 5 Aufenthaltsgesetz. Danach muss der Lebensunterhalt gesichert sein und es darf kein Ausweisungsgrund vorliegen. Einige Bundesländer, wie z.B. Schleswig Holstein und Berlin nutzen die Möglichkeiten des § 38 Abs. 3 Aufenthaltsgesetz. Danach kann ein Aufenthaltstitel erteilt werden, wenn der Lebensunterhalt nicht gesichert ist.

=> Für welchen Zeitraum werden die Aufenthaltstitel erteilt?

Je nach Bundesland gibt es sehr große Unterschiede bei der Frage, ob eine Niederlassungs- oder eine Aufenthaltserlaubnis erteilt

wird. In einigen Bundesländern (u.a. Berlin) wird die Aufenthaltserlaubnis zunächst für einen Zeitraum von 3 Jahren erteilt. Andere Bundesländer, wie z.B. Rheinland-Pfalz erkennen die Voraufenthaltszeiten ausdrücklich an, so dass – sofern die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind – unmittelbar eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden kann.

In einigen Bundesländern sind Betroffene verunsichert. Die Ausländerbehörden hätten Aufenthaltserlaubnisse für einen Zeitraum von 3 Monaten ausgestellt, heißt es. Offensichtlich besteht auch hier ein Mangel an ausreichenden Informationen durch die Behörden.

In den meisten Fällen werden zunächst sogenannte Fiktionsbescheinigungen ausgestellt. Diese Bescheinigung wird in der Regel ausgestellt für den Zeitraum der Bearbeitung des Antrags auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis. Damit gilt der Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit als erlaubt. Unterschiedlich bewertet wird die Frage, ob eine Fiktionsbescheinigung auch zur Wiedereinreise berechtigt.

=> Bis wann muss der Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt sein?

Das Bundesinnenministerium und auch die meisten Bundesländer schreiben in ihren Informationen, dass die Anträge bis zum 30.06.2005 gestellt werden mussten. Das Land Berlin setzt die Frist bis zum 31. August 2005. Hierbei handelt es sich generell um politisch motivierte Fristsetzungen. Die Innenbehörden nehmen das Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetz zum Ausgangspunkt für den Beginn der Fristsetzung. Aber auch nach dem 30.06. werben die Innenbehörden der Bundesländer mit Erleichterungen bei der Erteilung eines Aufenthaltstitels und bei der Wiedereinbürgerung (z.B. Pressemitteilung des Innenministers Beckstein vom 14. Juli).

Unter rechtlicher Betrachtung ist auf § 38 Abs. 1 Satz 2 zu verweisen. Danach ist der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit zu stellen. Nach Auffassung des Innenministeriums Rheinland-Pfalz oder des Innenministeriums NRW beispielsweise beginnt die Frist mit einer positiven Kenntnisnahme des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit.

Die Betroffenen dürfen dennoch nicht abwarten, bis die Ausländerbehörden von sich aus aktiv werden und z.B. zur Bereinigung der Melderegister Briefe an die Betroffenengruppen verschicken. Denn bei verspäteter Abgabe des Antrages auf einen Aufenthaltstitel gelten die Regelungen nach § 81 Abs. 3; danach gilt für den Zeitraum der Antragsbearbeitung nur die Abschiebung als ausgesetzt, mit den Folgen z.B. für die Erwerbstätigkeit.

=> Benötigt ein ehemaliger Deutscher eine Arbeitserlaubnis?

Eindeutig geregelt und in allen Informationsblättern enthalten ist die Feststellung, dass ein ehemaliger deutscher Staatsangehöriger, der eine Aufenthaltserlaubnis erhalten hat keine gesonderte Arbeitserlaubnis braucht. Nach § 38 Abs. 4 berechtigt die erteilte Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, d.h. es gibt keine Vorrangprüfung. Die Ausübung der Erwerbstätigkeit gilt auch während der Zeit der Antragsbearbeitung als erlaubt (Fiktionsbescheinigung).

Sollten Betriebe nach einer Arbeitserlaubnis fragen, so kann auf die eindeutige Formulierung der Arbeitsberechtigung in § 38 Abs. 4 Aufenthaltsgesetz hingewiesen werden.



Die Broschüre Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit - Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche kann unter der Internetadresse

<http://www.migration-online.de/data/aufenthaltserlaubnis.pdf?pid=23>

als PDF-Dokument abgerufen werden.

„Wer weiß, ob es für meine Kinder noch Berufsberatung geben wird?“

Beraterverband sucht Verbündete und macht Druck auf die Politik

*Quelle: Pressemitteilung des
Deutschen Verbands für Bildungs- und Berufsberatung (dvb) vom 5. September 2005
www.Berufsberater.net*

Der Deutsche Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. (dvb) will deutlich politischer werden. Wenn die Bundesregierung sich konstituiert hat und die ersten hundert Tage geschafft sind, wird es in Berlin zum ersten Mal eine Anhörung geben, die die Politik für eine professionelle Berufsberatung in Deutschland in die Pflicht nehmen will.

„Bisher haben wir uns auf die Qualitätssicherung und auf die Fortbildung der engagierten Berufsberater konzentriert“, erklärt Birgit Lohmann, die Bundesvorsitzende des dvb. „Jetzt aber geht es wohl ums Überleben. Heute müssen sich Eltern von Schulkindern fragen: Wer weiß, ob es für meine Kinder noch eine Berufsberatung geben wird?“ Grund dafür sei, dass bei der Reform der Bundesagentur für Arbeit, die bisher die neutrale und kostenlose Beratung von Berufswählern garantiert hat, inzwischen nur noch die Stellenvermittlung zähle. Man hat von Verantwortlichen in der Bundesagentur gehört, Beratung sei inzwischen ein Luxus, den man sich eigentlich nicht mehr leisten könne.

Die Neuorganisation der Arbeitsagenturen erschwert den Zugang und den Kontakt mit Beratern für Jugendliche und Erwachsene, die (noch nicht) arbeitslos sind, aber von ihrem Grundrecht auf Beratung Gebrauch machen wollen. Vorgeschriebene und standardisierte Arbeitsabläufe in den Agenturen, die Gleichsetzung von Beratung mit Vermittlung, Verknappung der Beratungszeiten und der stark reduzierte Berufswahlunterricht in den Schulen, bisher gemeinsam von Lehrern und Berufsberatern durchgeführt, lassen eine profes-

sionelle Beratung kaum noch zu. Gespart wird auch an der Aus- und Weiterbildung für Berufsberaterinnen und Berufsberater.

„Dabei wird jedem, der die Entwicklung des Arbeitsmarktes verfolgt, deutlich, dass wir nicht weniger Beratung brauchen, sondern mehr“, so Birgit Lohmann mit Berufung auf die Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung. „Die Berufswege werden immer vielfältiger, und gerade bei den chancenreichsten Berufen macht sich schon heute ein Mangel an Fachkräften bemerkbar. Und das wird in Zukunft noch gravierender werden. Denn junger Nachwuchs wird langsam knapp, auch wenn es heute noch mehr Ausbildungsbewerber gibt als Stellen.“ Deshalb komme es darauf an, gerade diejenigen zu erreichen, die sich nicht automatisch für höhere Bildungswege entscheiden. „Und die werden sich auch keine private Berufsberatung leisten können.“ Es sei verständlich, dass die Bundesagentur an allen Ecken und Enden sparen müsse, weil sie politisch stark unter Druck stehe. „Das darf aber nicht auf Kosten einer qualifizierten Beratung für die Fachkräfte von morgen gehen“, erklärte die dvb-Vorsitzende. „Schon jetzt wird bei der Bundesagentur die Ausbildung für Berufsberater stark zurück gefahren. Eine qualifizierte Beratung braucht aber ein solides und breites Fundament an Fachwissen und Beratungsmethodik.“

Der Bundesvorstand des dvb wird nach den ersten hundert Tagen der neuen Bundesregierung deshalb eine Anhörung in Berlin organisieren und die Politik fragen, wie sie auch in Zukunft noch die Berufsberatung garantieren

wolle. Dabei sollen auch Vertreter der Rat Suchenden und ihrer Eltern sowie die Schulen und Hochschulen zu Wort kommen. „Denn der dvb ist zwar ein Zusammenschluss der engagiertesten Berufsberaterinnen und Berufsberater in Deutschland“, so Birgit Lohmann, „aber im Kern geht es uns um die Zukunft unserer Jugend und um eine Volkswirtschaft, die auch weiterhin auf gut informierte und gut ausgebildete Fachkräfte zählen muss.“

Ursprünglich war die Anhörung für Anfang September geplant gewesen. Dann aber kam

Weitergehende Information:

Kommen Sie mit ihrem Sohn oder Ihrer Tochter zur Berufsberatung und erhoffen sich Hilfe bei der Entscheidungsfindung, so werden Sie sich auf einige Neuigkeiten gefasst machen müssen. Ursprünglich war es Aufgabe der Berater, gemeinsam mit dem Jugendlichen und seinen Eltern den beruflichen Werdegang zu planen. In Zukunft wird sich die Bundesagentur als größter Anbieter von Berufsberatung weitgehend von der Beratung Jugendlicher zurückziehen. Die Beratung wird verstärkt formalisierten Abläufen unterworfen, die den Anforderungen nach individuellem Vorgehen vollkommen entgegen laufen.

Der Deutsche Verband für Bildungs- und Berufsberatung dvb vertritt als Fachverband die Qualität und Professionalität der beruflichen Beratung in Deutschland und fordert, dem Abbau der Beratungsdienstleistungen Einhalt zu gebieten. Der Verband weiß sich im guten Einvernehmen mit dem Rat der Europäischen Gemeinschaft, der eine Entschließung zu lebensbegleitender Beratung am 28. Mai 2004 verabschiedet hat. In dieser Initiative, unterstützt durch die OECD und die Weltbank, wird die Notwendigkeit von Beratungsangeboten für Junge und für Erwachsene für die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften besonders hervorgehoben.

die Entscheidung zur vorgezogenen Bundestagswahl. „In dieser Zeit wird vieles in Schlagworten angerissen. Wir brauchen aber eine ernsthafte und konzentrierte Diskussion. Und wir brauchen Politiker, die sich wirklich die Zukunftssicherung der Berufsberatung in ihr Pflichtenheft schreiben.“, so Frau Lohmann. Für den Anhörungstermin im September hatte es viel Interesse gegeben, aber auch viele Absagen wegen konkurrierender Wahlkampftermine.

Die Neuorganisation der Agenturen erschwert den Zugang für Jugendliche und damit den Kontakt zum Berater erheblich. Die vorgeschriebenen standardisierten Arbeitsabläufe, die Gleichsetzung von Beratung mit Vermittlung, die Verknappung der Beratungszeiten, die zu befürchtende Standardisierung der Fragen und die stark reduzierte Berufsorientierung in den Schulen, lassen den gesetzlichen Auftrag in die Fragwürdigkeit rutschen.

Orientierung, Berufs- und Studienberatung werden bisher von der BA als neutrale staatliche Institution angeboten. Die geschilderte Entwicklung bringt eine Verflachung der Dienstleistung mit sich, und die verschlankten Aufgaben verstärken den Ruf nach Übertragung dieser Aufgaben auf die Schulen und die Hochschulen, die künftig im Wettbewerb untereinander stehen. Diese können aber nicht den hohen Anspruch auf Neutralität gewährleisten, da sie die Beratung als Marketinginstrument ihrer Einrichtung sehen. Der Aspekt der Bestenauswahl steht im Vordergrund und nicht das Wohl des nach Orientierung Suchenden.

Sollte die Berufsberatung ohne staatliche Grundsicherung privatisiert werden, führte das zu einer Polarisierung der Chancen Jugendlicher. Der dvb bemängelt darüber hinaus, dass der Arbeitgeber Bundesagentur sich

nicht nur von bewährten Dienstleistungsangeboten verabschiedet, sondern auch die Qualität der verbliebenen Leistung herabsetzt.

Die Besonderheit der präventiven und neutralen Arbeit mit Jugendlichen erfordert ein hohes Maß an Vor- und Weiterbildung, eine scharfe Beobachtung der Marktlage und eine besondere Sensibilität, Jugendliche in die Welt der Berufe einzuführen.

Als schädlich sieht der Deutsche Verband für Bildungs- und Berufsberatung die Reduzie-

rung der Studienangebote an der Staatlichen Hochschule in Mannheim an. Sie widerspricht dem langfristigen Bedarf im Sinne der Versorgung der Bürger mit Beratungsdienstleistungen.

Berufsorientierung und berufliche Beratung erfordern eine hohe Professionalisierung. Zur Zeit gibt es für den freien Markt weder eine Berufsgesetz noch eine Akkreditierungsstelle zur Sicherung der Qualitätsstandards für Berufsberater. Der Verband (dvb) fordert beides.

Positionen einzelner Parteien im Bereich der Arbeitsmarktpolitik

Die folgende tabellarische Übersicht von Positionen einzelner Parteien im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde im Juli dieses Jahres von der Hauptstadtvertretung der Bundesagentur für Arbeit erstellt. Zahlreiche weitere Dokumente zu diesem Thema stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) auf seinen Dokumentationsseiten zur Verfügung:

(<http://iab.de/asp/chronik/chrTab.asp?Tab=Links&Selektor=31>).

Wir dokumentieren diesen zwei Monate alten Text aus mehreren Gründen:

- In der Zeit unmittelbar vor einem Wahltermin werden von Vertretern der politischen Parteien häufig Argumente vorgetragen, die in den Wahlkampfzentralen standardisiert und unter werbungstaktischen Aspekten formuliert wurden. Die Positionierung der Parteien in einzelnen Politikfeldern geschieht aber in einem länger laufenden Prozess. In einem größeren Abstand vor dem Wahltermin sind möglicherweise die später entscheidungsrelevanten Positionen in „reinerer Form“ erkennbar.*
- Diese Synopse wurde unabhängig von parteipolitischen Interessen für die Führung der Bundesagentur für Arbeit erstellt. Sie ist deshalb bestmöglicher Objektivität verpflichtet und enthält die Positionierung aller Parteien mit einer realistischen Chance auf Beteiligung an der Regierungsbildung*
- Viele Leserinnen und Leser der iBB gehören zum fachkundigen Kreis im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Die Bewertung von Positionen im eigenen Fachbereich lässt sich mit mehr Expertise vornehmen und kann in besonderer Weise zur politischen Willensbildung beitragen.*

| | SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|---------------------------------|--|--|--|--|
| Arbeitsmarkt und SGB III | <p>Der Entwurf des Wahlprogramms der SPD vom 4.7.2005 enthält zur Arbeitsmarktpolitik folgende Eckpunkte:</p> <p>Schaffung zusätzlicher Impulse für haushaltsnahe Dienstleistungen.</p> <p>Massive Bekämpfung der illegalen Beschäftigung.</p> <p>Gestaltung und Steuerung der Ich-AGs und Mini-Jobs als Einstieg in existenzsichernde Be-</p> | <p>Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss Vorrang haben gegenüber anderen Belangen.</p> <p>Wir stellen Existenzgründer von Statistikpflichten frei. Vollstatistiken werden weitestgehend abgeschafft und durch repräsentative Stichproben ersetzt.</p> <p>Wir entlasten kleine Unternehmen von Buchführungspflichten.</p> | <p>Die Übergangsphase wonach Arbeitslose nach nur einem Jahr Arbeitslosigkeit zum ALG II - Empfänger werden, ist abhängig von den Jahren der effektiven Erwerbstätigkeit gestaffelt auf bis zu 3 Jahren zu verlängern.</p> <p>Angesichts der ökonomischen Herausforderungen des demografischen Wandels und der gesellschaftlichen Veränderungen brauchen wir eine aktive Politik für</p> | <p>Auflösung der BA in jetziger Form und Gründung einer Bundesversicherungagentur im Geschäftsbereich des BMWA. Abschaffung der Selbstverwaltung. Einrichtung einer Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Vermittlung (200 bis 300 Mitarbeiter). Abschaffung der Regionaldirektionen. Aufgaben der ZAV werden auf die Arbeitsmarktagentur übertragen bzw. von privaten Arbeitsvermittlern</p> |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|---|--|---|---|
| <p>schäftigung</p> <p>Kein junger Mensch unter 25 Jahre soll länger als drei Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.</p> <p>Mit neuem Programm „Zweite Chance“ sollen Jugendliche ihren Schulabschluss nachholen oder ihre Ausbildung wieder aufnehmen können. Für junge Erwachsene ohne Berufsausbildung soll es neue Möglichkeiten der Nachqualifizierung geben.</p> <p>Alle ausbildungsfähigen und –willigen junge Menschen sollen ein Ausbildungsangebot bekommen. Fortsetzung des Ausbildungspakts mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft.</p> <p>Besondere Förderung älterer Arbeitnehmer und Stoppen des Trends der Verdrängung Älterer aus dem Arbeitsleben; mit lebenslangem Lernen, Lohnkostenunterstützung der BA und mit der Förderung von bis zu 50 regionalen Beschäftigungspaketen für Ältere mit einem Volumen von 250 Mio. Euro.</p> <p>Verschiebung der für den 1.2.2006 vorgesehenen Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I um zwei Jahre auf den 1.2.2008.</p> <p>Stärkung der Bereitschaft für Arbeitslose, die nicht den angestrebten Arbeitsplatz finden, eine andere Arbeit auf-</p> | <p>Wir setzen EU-Recht wie die Anti-Diskriminierungsrichtlinie nur noch 1:1 in nationales Recht um. So verhindern wir einseitige Belastungen der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.</p> <p>Wir sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab.</p> <p>Für Neueinstellungen wird das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten ausgesetzt. In anderen Betrieben wird er für Neueinstellungen erst nach zwei Jahren wirksam. Bei Abschluss des Arbeitsvertrages kann gegen den Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage eine Abfindung, deren Mindesthöhe gesetzlich festgelegt wird, vereinbart werden.</p> <p>Wir erleichtern befristete Beschäftigung. Ein auf bis zu zwei Jahre befristeter Arbeitsvertrag kann mit demselben Arbeitnehmer erneut geschlossen werden, sofern kein enger Zusammenhang zwischen den Arbeitsverhältnissen besteht. Die Beschränkung befristeter Verträge auf Neueinstellungen wird damit aufgehoben.</p> <p>Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben. Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und</p> | <p>lebensbegleitendes Lernen. Weiterbildung muss endlich zu einer neuen Säule unseres Bildungswesens werden.</p> <p>Wir wollen Beschäftigungsverhältnisse im unteren Einkommensbereich spürbar von Lohnnebenkosten entlasten. Statt die Lohnnebenkosten abrupt mit dem vollen Satz einsetzen zu lassen, wollen wir sie durch Zuschüsse ähnlich wie die Steuersätze mit zunehmendem Gehalt langsam ansteigen lassen. Durch die Ausgestaltung der Zuschussregelungen wollen wir dafür sorgen, dass Mitnahmeeffekte minimiert werden und neue Jobs nicht auf Kosten bestehender höherwertiger Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.</p> <p>Gerade im Haushaltsnahen Bereich gibt es oft Bedarf an einigen wenigen Stunden Haushalts- oder Gartenhilfen. Dar- aus entsteht keine volle Stelle. Wenn mehrere dieser Stellen im Dienstleistungspool zusammengefasst werden, können hieraus existenzsichernde Stellen geschaffen werden.</p> <p>Auch müssen die Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter verbessert werden. Es sollen nur solche Erwerbstätigkeiten als zumutbar gelten, die ortsüblich bezahlt werden. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation gibt es keine Alternativen zu einer aktiven Arbeitsmarktpoli-</p> | <p>wahrgenommen. Privatisierung des IAB und der Fachhochschule des Bundes FB Arbeitsverwaltung sowie der Führungsakademie und der Verwaltungsschulen der BA.</p> <p>Auszahlung des Arbeitgeberanteils zur Arbeitslosenversicherung an Arbeitnehmer; Einführung von Wahltarifen.</p> <p>Durch Neuorganisation der BA = Deutliche Senkung des AlV-Beitrags von derzeit 6,5 auf 3,5%. Das allein bedeutet annähernd 500.000 Arbeitslose weniger.</p> <p>Abschaffung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente Ich-AG, PSA, ABM sowie Überprüfung, Vereinfachung und Anpassung an den tatsächlichen Bedarf der Instrumente: Weiterbildung, Berufliche Rehabilitation, Altersteilzeit, Berufsausbildungsbeihilfe, Lehrgangskosten für Berufsvorbereitende Maßnahmen (Beschluss des Präsidiums der FDP vom 20.6.2005)</p> |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|--|---|--|-----|
| <p>zunehmen zwecks Reduzierung der Zahl von Saisonarbeitskräften aus dem Ausland</p> <p>Fort- und Weiterbildung als zentrales Mittel aktiver Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.</p> <p>Weiterbildung arbeitsloser Frauen und Männer – auch solcher, die als Lebenspartner(in) kein Arbeitslosengeld beziehen – soll gleichermaßen gefördert werden.</p> <p>Tarifliche Absicherung der betrieblichen Weiterbildung für Frauen.</p> <p>Die einzelnen Förderinstrumente müssen Frauen, vor allem auch Langzeitarbeitslosen und NichtleistungsempfängerInnen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zugute kommen.</p> <p>Prüfung der Qualitätssicherung von Weiterbildungsangeboten könnte z.B. durch die Stiftung Warentest auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden.</p> <p>Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte und schwer behinderte Menschen.</p> <p>Verknüpfung der Arbeitsvermittlung mit Hilfen zur betrieblichen Personalentwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen zur Reintegration von Älteren und Langzeitarbeitslosen.</p> | <p>Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.</p> <p>Wir senken den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 %. Im Gegenzug erhöhen wir die Mehrwertsteuer ab 01.01.2006 um 2 Prozentpunkte von 16 % auf 18 % und führen strukturelle Veränderungen in der Bundesagentur für Arbeit mit entsprechenden Einsparungen durch.</p> <p>Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kommen auf den Prüfstand. Was sich als unwirksam und ineffizient erweist, wird abgebrochen; was in Arbeit führt, wird weitergeführt.</p> <p>Wir fördern für Arbeitslose den Schritt in die Selbstständigkeit, schaffen aber die Ich-AG ab. Für bereits genehmigte Ich-AG's gilt Bestandsschutz. Die Ich-AG hat sich als ineffektives Arbeitsmarktinstrument erwiesen. Zu viele Unternehmensgründungen zielen nur darauf ab, staatliche Zuschüsse abzugreifen, statt sich mit Erfolg versprechenden Geschäftsideen am Markt zu etablieren.</p> <p>Wir treten dafür ein, dass die Beitragsbezogenheit der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung stärker er-</p> | <p>tik. Daher muss die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit grundlegend verbessert werden. Die Bundesagentur für Arbeit muss hier besser, flexibler und vor allem schneller werden, die eingesetzten Mittel sind zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden auszurichten.</p> <p>Am Ziel der vollständigen Steuerfinanzierung der versicherungsfremden Leistungen halten wir fest.</p> <p>Eine innovative aktive Arbeitsmarktpolitik kann die Chancen des Strukturwandels nutzen und neue Beschäftigung schaffen. Wir wollen geförderte Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt gezielt für die Qualifizierung im personenbezogenen Dienstleistungsbereich einsetzen – mit Brücken in Ausbildung und in den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen im zweiten Arbeitsmarkt fördern – durch sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Die Betroffenen haben damit einen normalen Arbeitsplatz, und eine entsprechende Stellung in der Gesellschaft. Durch abgeführte Steuern und Sozialabgaben wird eine relativ hohe Refinanzierungsquote erreicht. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt braucht Kontinuität und muss für mehrere Jahre möglich sein. Insbesondere für Erwerbslose über 55 Jahren kann so ein würdiger Übergang in die Rente geschaffen</p> | |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|--|---|---|------------|
| <p>Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen.</p> <p>Maßnahmen für gesetzliche Mindestlöhne, soweit Tarifvertragsparteien keine bundeseinheitlichen tariflichen Mindestlöhne vereinbaren.</p> <p>Bekämpfung des Missbrauchs der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit.</p> <p>Steigerung der Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent und der unterdurchschnittlichen Rate von selbständigen Frauen.</p> <p>Geschlechtsspezifische Erstellung aller Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten, damit die jeweils geschlechterbezogenen Auswirkungen festgestellt und ausgewertet werden können.</p> <p>Fortentwicklung des Kinderzuschlags. Bündelung der Leistungen für Familien in einer Familienkasse.</p> | <p>kennbar wird. Wer lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, soll anders gestellt werden als jemand, der nur für kurze Zeit in die Solidarkasse eingezahlt hat. Das können wir aufkommensneutral finanzieren.</p> <p>Wir verbessern die Rahmenbedingungen für mehr Ausbildung in Deutschland. Wir werden den Ausbildungspakt fortführen. Ziel muss sein, höhere Freiräume bei der Lehrlingsvergütung zu schaffen, damit sich Ausbildung für die Betriebe wieder rechnet. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Verantwortungsbewusstsein statt auf eine Ausbildungsplatzabgabe; sie schafft Bürokratie, aber keine zusätzlichen Lehrstellen.</p> <p>Wir werden einen einheitlichen Grundfreibetrag für jede Person, sei sie Erwachsener oder Kind, von 8.000 Euro einführen. Der Kindergrundfreibetrag kann, soweit er durch eigene Einkünfte des Kindes nicht ausgeschöpft wird, auf die Eltern übertragen werden. Dabei bleibt eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern bis zu einem Einkommen von rund 38.200 Euro im Jahr einkommensteuerfrei unter Berücksichtigung des neuen Kindergrundfreibetrages und sonstiger pauschaler Abzüge. Gegenüber heute sind das für diese Familie rund 5000 Euro mehr. Im Zu-</p> | <p>werden.</p> <p>Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen am Leben in der Gemeinschaft, ihr Recht auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind Ziele unserer Politik. Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen brauchen wir wirksame Instrumente zur Berufsbildung und beruflichen Eingliederung für behinderte Menschen.</p> <p>Wir wollen dafür das Entsendegesetz ausweiten. Wir setzen uns für regional und branchenspezifische differenzierte Mindestlohnregelungen ein, die armutsfeste Löhne gewährleisten. Wo armutsfeste, allgemeinverbindliche Tarifverträge nicht zustande kommen und in tariffreien Bereichen muss es eine rechtlich verbindliche Mindestlohngrenze geben. Ihre Festlegung soll unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern erfolgen. Dazu wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.</p> <p>Wir müssen neue Wege finden, damit zukünftig wieder mehr Betriebe Jugendliche ausbilden. Wir wollen Umlagesysteme prüfen, falls freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft weiterhin nicht zu den notwendigen Ausbildungsplätzen führen. Bei der Fortentwicklung der Arbeitsmarktreformen wol-</p> | |

| | SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|---------------|---|---|--|---|
| | | <p>sammenhang mit der Einführung des Kindergrundfreibetrages ist unter Berücksichtigung des Kinderbonus eine Auswirkung auf das Kindergeld zu prüfen.</p> <p>Wir bekämpfen Lohn- und Sozialdumping in der Folge der EU-Osterweiterung und die Schwarzarbeit. Im Rahmen der Osterweiterung hat der Missbrauch der Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zugenommen. Die Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen und gesetzliche Mindestlöhne über die Hintertür können einen Missbrauch der europäischen Dienstleistungsfreiheit nicht verhindern. Deshalb setzen wir auf schnelle, wirksame und grenzüberschreitende Kontrollen und werden zur Bekämpfung des Missbrauchs der Niederlassungsfreiheit die Zusammenarbeit der zuständigen Stellen, Ordnungsämter und Kammern verbessern.</p> | <p>len wir die Jugendlichen als eigenständige Zielgruppe berücksichtigen und die Leistungen der Jugendhilfe im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik sollen wieder Vorrang erhalten und ausgebaut werden. Zusätzlich bedarf es lokaler Bündnisse aller beteiligten Akteure – Schulen, Kammern, Betriebe, Arbeitsverwaltung, Politik und insbesondere mit der Freien und Öffentlichen Jugendhilfe – mit dem Ziel gemeinsam verantwortete Konzepte zur sozialen und beruflichen Integration von jungen Menschen zu planen und umzusetzen. Perspektivisch streben wir ein eigenes Jugendfördergesetz an.</p> <p>Insbesondere Kinder von Flüchtlingen, die einen Schulabschluss erreicht haben, müssen Zugang zu Ausbildungsplätzen erhalten, indem sie Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis haben. Die Integrationskurse müssen für alle zugänglich und eng mit den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit verknüpft werden. Finanzierung und Rahmenbedingungen dieser Sprachkurse müssen verbessert und unnötige Bürokratie muss abgebaut werden.</p> | |
| SGB II | <p>Keine Kommunalisierung der Langzeitarbeitslosigkeit und ihrer Finanzierung.</p> <p>Mehr Kompetenzen und Freiräume für die Job-Center.</p> <p>Einbeziehung der Beauf-</p> | <p>Wir werden die Umsetzung von Hartz IV optimieren. Hartz IV bereitet Bund, Ländern und Kommunen erhebliche Probleme und verursacht enorme Mehrkosten. Wir werden vor allem die Organisationsstruktur</p> | <p>Aktuell geht es vorrangig um die Vereinfachung der Antragstellung durch eine automatische Abstimmung und Koordination der beteiligten Behörden, die Angleichung der Regelsätze zwischen Ost und West, die stärkere Ent-</p> | <p>Übertragung der Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik auf die Job-Center bei den Kommunen.</p> <p>Abschaffung der Ein-Euro-Jobs. Anstelle der Ein-Euro-Jobs sollte ein geregelter Niedriglohn-</p> |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|---|---|--|---|
| <p>tragten für Chancengleichheit der BA und der kommunalen Frauenbeauftragten in die Entscheidungsprozesse der Argen.</p> <p>Angleichung der Höhe des Arbeitslosengeldes II –Ost an West auf 345 Euro.</p> <p>Gewährleistung des Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsschutzes für Nichtleistungsempfänger.</p> | <p>überprüfen und allen Kommunen die Option einräumen, diese Aufgabe wahrzunehmen. Wir werden für die Länder Experimentierklauseln schaffen, damit regionale Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können.</p> <p>Wir geben den Empfängern von Arbeitslosengeld II neue Chancen auf Arbeit und Beschäftigung. Wir schaffen zusätzliche Anreize für Arbeitgeber, sie einzustellen. In den ersten zwei Jahren nach Einstellung eines ALG II-Empfängers soll gelten: Das Arbeitsentgelt kann bis zu 10% unter Tarif liegen. Damit werden mehr Arbeitsplätze für einfachere Tätigkeiten entstehen. Für die Arbeitnehmer sichern wir durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und ergänzender Sozialleistung ein angemessenes Auskommen. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.</p> <p>Die durch Wolfgang Clement und Frank J. Weise vereinbarte Übertragung von Kompetenzen auf die Kommune innerhalb der Trägerversammlungen der ARGEN wird als positiv gewertet, dennoch hält die Union an dem Ziel fest, die Verantwortung für die Arbeitslosen „schnellstmöglich“ vollständig auf die Kommunen zu übertragen. (Lautenschläger in FR, 28.06.05) Unions-Fraktionsvize Ronald Pofalla lobte die Neu-</p> | <p>koppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen, die Freistellung von notwendigen Altersvorsorgeaufwendungen sowie um den Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung für nicht Leistungsbeziehern.</p> <p>Die Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-EmpfängerInnen müssen weiter verbessert werden. Die Regelsätze der Sozialhilfe und des ALG II müssen deutlich angehoben werden, damit sie vor Armut schützen und das soziokulturelle Existenzminimum gesichert wird. Die Höhe soll in einem transparenten Verfahren unter Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände festgelegt werden.</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gegen die Diskriminierung junger Menschen unter 25 Jahren ein. Deshalb wollen wir auch die Sanktionen, die jungen Menschen bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit nach der HARTZ IV Gesetzgebung drohen, entschärfen.</p> <p>Auch müssen die Angebote zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter verbessert werden. Es sollen nur solche Erwerbstätigkeiten als zumutbar gelten, die ortsüblich bezahlt werden. In Zeiten wirtschaftlicher Stagnation gibt es keine Alternativen zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Daher muss die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit</p> | <p>sektor geschaffen werden (Beschluss des Präsidiums der FDP vom 20.6.2005 und Dirk Niebel im Hamburger Abendblatt vom 21.6.2005).</p> <p>Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze. Bis 600 Euro sollen 40 Prozent frei sein. Auch das Schonvermögen sollte auf 500 Euro pro Lebensjahr erhöht werden.</p> <p>Im Zusammenhang mit der geplanten Neuregelung einer Kompetenzstärkung der Kommunen vertritt Generalsekretär Dirk Niebel weiterhin die Position einer kompletten Kommunalisierung der Arbeitsmarktpolitik: „Die Betreuung aller Arbeitslosen mit allen arbeitsmarkt- und psychosozialen Maßnahmen muss gegen einen entsprechenden finanziellen Ausgleich in die Verantwortung der Kommunen gegeben werden.“ (Pressemitteilung, 27.06.05)</p> |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|------------|---|---|------------|
| | <p>ordnung der Arbeitsgemeinschaften als „ersten richtigen Schritt“. Ob sie ausreiche, müsse sich in den nächsten Monaten zeigen. Ziel der Union sei weiterhin eine Stärkung der Kommunen. (Handelsblatt, 28.06.05)</p> | <p>grundlegend verbessert werden. Die Bundesagentur für Arbeit muss hier besser, flexibler und vor allem schneller werden, die eingesetzten Mittel sind zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden auszurichten.</p> <p>Wir wollen verstärkt neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in Übergangsarbeitsmärkten zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt schaffen. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt müssen die Prinzipien der individuellen Förderung verankert werden. Die Stellung des arbeitslosen Menschen im Hilfeprozess muss gestärkt werden, Bescheide transparent gestaltet und die Persönlichkeitsrechte geachtet werden. Wir setzen uns für die Einrichtung von Ombudsstellen und die Finanzierung von unabhängiger Beratung ein. Ein Beispiel hierfür sind bereits existierende so genannte Integrationsfirmen. Analog zu den Integrationsfirmen wollen wir die sozialen Wirtschaftsbetriebe weiterentwickeln. In sie können besonders benachteiligte Langzeitarbeitslose ihre bisherigen staatlichen Transferleistungen, wie das Arbeitslosengeld II, einbringen und erhalten im Gegenzug ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis. Die Integrationsfirmen sind privat wirtschaftlich oder gemeinnützig organisiert. Sie</p> | |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|------------|----------------|--|------------|
| | | <p>können dauerhaft neue Beschäftigungspotenziale erschließen oder für die Betroffenen eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sein. Gleichzeitig werden wir jedoch Eigeninitiative, Verantwortung, Risikobereitschaft und Selbstständigkeit fördern.</p> <p>Ohne einen gezielten Einsatz von Programmen der Beschäftigungsförderung werden viele Langzeitarbeitslose dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die bisherigen Maßnahmen zur Reform der Arbeitsvermittlung müssen einer Erfolgskontrolle unterzogen werden.</p> <p>Auch Erwerbslose, die sich eigenständig Perspektiven jenseits des ersten Arbeitsmarktes aufbauen, sollen hierbei Förderung erfahren können, wenn so ihre soziale Integration verbessert wird. Wer sich selbst aktiv bemüht und z.B. aus eigenem Antrieb fortbildet, Praktika sucht, sich bürgerschaftlich engagiert oder eine Selbständigkeit aufbaut, sich um sozialpsychologische Hilfen bemüht, die Entschuldung in Angriff nimmt oder andere Maßnahmen aktiv vorschlägt, sollte entsprechend dem Maß des Engagements eine Zulage zu den grundlegenden Hilfen bekommen können.</p> <p>Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften wollen wir flächendeckend spezialisierte Job-Center mit jugendspezifischen</p> | |

| | SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|-------------------------|------------|--|--|------------|
| | | | <p>Förderprogrammen für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf.</p> <p>Klare Entscheidungsbefugnisse vor Ort über die Arbeitsmarktpolitik, über Personal, Haushalt und Verwaltung sind notwendig. Die Umsetzungsverantwortung soll vollständig von den Kommunen wahrgenommen werden können. Dazu trägt auch eine Zusammenarbeit von örtlicher Arbeitsagentur und Kommune auf gleicher Augenhöhe bei. Langzeitarbeitslose haben Anspruch auf eine kompetente Beratung und Unterstützung im Integrationsprozess. Deshalb fordern wir die Qualifizierung im Fallmanagement für alle Fachkräfte, die als persönliche AnsprechpartnerInnen für Langzeitarbeitslose tätig sind.</p> <p>Der Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern im Rahmen des Arbeitslosengeldes II ist ein richtiges Instrument zur Förderung von Familien und zur Armutsprävention. Wir wollen ihn in Umfang und Reichweite zu einer Kindergrundsicherung ausbauen</p> | |
| Kündigungsschutz | | <p>Aussetzung des Kündigungsschutzes für Neueinstellungen in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten</p> <p>Wirksamkeit des Kündigungsschutzes in den übrigen Betrieben bei Neueinstellung erst nach zwei Jahren</p> | <p>Eingriff in den Kündigungsschutz wird abgelehnt</p> | |

| | SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|---------------------------------------|------------|--|--|------------|
| Tarif- politik | | Möglichkeit der vertraglich festgeschriebenen Abfindung, deren Mindesthöhe gesetzlich festgelegt wird, bei Verzicht auf Kündigungsschutzklage | | |
| | | <p>Rechtliche Absicherung betrieblicher Beschäftigungsbündnisse</p> <p>Ergänzung des Günstigkeitsprinzips im Tarifgesetz dahingehend, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber abweichend von einem Tarifvertrag einzelvertragliche Vereinbarungen schließen können, wenn dies der Beschäftigungssicherung oder dem Beschäftigungsaufbau dient – als günstiger gilt dabei eine abweichende Vereinbarung, wenn die Zustimmung des Betriebsrats und Zweidrittel der Belegschaft vorliegt („betriebliche Bündnisse“)</p> | <p>Eingriffe in Tarifautonomie und Mitbestimmung werden abgelehnt</p> <p>Ausweitung des Entsendegesetzes und Einführung eines Mindestlohns, wo keine allgemeinverbindlichen Tarifverträge wirken</p> | |
| Arbeits- zeit- politik | | Ein Anspruch auf Teilzeitarbeit soll nur bestehen, wenn ein Kind betreut oder ein naher Angehöriger gepflegt wird | <p>Arbeitszeitkonten, Familien-Teilzeit, Job-Rotation, Job-Sharing.</p> <p>Ziel der Arbeitszeitverkürzung – Verhandlung Rahmen von Tarifverhandlungen von Reduzierung der Arbeitszeit bei anteiligem Lohnverzicht.</p> | |
| Niedrig- lohn- sektor | | <p>Zuschuss für Niedriglohn-Jobs</p> <p>Lohnzuschüsse für Niedrigverdiener („Kombilöhne“). Bei diesen Stellen sollen Zuschüsse von bis zu 2,50 Euro pro Stunde aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit (BA)</p> | <p>Entlastung von den Lohnnebenkosten der Beschäftigungsverhältnisse im unteren Einkommensbereich</p> <p>Statt Lohnnebenkosten abrupt mit vollem Satz einsetzen zu lassen, sollen diese durch Zuschüsse progressiv an-</p> | |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|------------|--|--|------------|
| | <p data-bbox="619 322 879 566">direkt an den Arbeitnehmer fließen - gekoppelt an einen Stundenlohn von bis zu 4,50 Euro, sagte Pofalla den "Ruhr Nachrichten (Kölner Stadtanzeiger vom 21.5.2005)</p> <p data-bbox="619 600 879 1234">Lautenschläger präzierte zudem die Kombilohn-Pläne ihrer Partei. Danach sollen Niedriglohn-Jobs mit staatlichen Lohnzuschüssen von monatlich über 120 Euro unterstützt werden. "Im Bereich zwischen 600 und 1 000 Euro Monatsverdienst scheint eine Förderung besonders angebracht", sagte Lautenschläger. Die Förderung werde "sicher über 20 Prozent" des Bruttolohns betragen. Im Gegenzug solle die Förderung von Ein-Euro-Jobs zurückgefahren werden.</p> <p data-bbox="619 1267 879 1995">Mit dem Zuschuss solle es sich für Arbeitslose wieder auszahlen, auch niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. "Derzeit ist unser Problem, dass die Hinzuverdienstrege- lung beim ALG II eine Annahme von Arbeit un- attraktiv macht." Auch für Familien seien durch die Kinderzuschläge beim Arbeitslosengeld II die Anreize zur Er- werbsaufnahme gering. "Es ist aber sinnvoller, Lohnkostenzuschüsse zu finanzieren als den Kinderzuschlag bei ALG II", sagte Lautenschlä- ger, die für das Wahl- programm der Union die Kombilohn-Pläne ausar- beitet.</p> <p data-bbox="619 2029 879 2054">Die Zuschüsse sollten</p> | <p data-bbox="911 322 991 347">steigen</p> | |

| SPD | CDU/CSU | Bündnis90 / Die Grünen | FDP |
|------------|--|-----------------------------------|------------|
| | <p>vorrangig Alleinerziehenden oder Familien gewährt werden. Anders als etwa beim Kombi-lohn-Projekt in Hamburg sieht Lautenschlägers Modell keinen Zuschuss für Arbeitgeber vor. Die Bundesländer sollen aber die Möglichkeit bekommen, eigene Modelle umzusetzen.</p> <p>Berliner Zeitung vom 6.7.2005</p> | | |

Literaturhinweise

Zur „Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen“

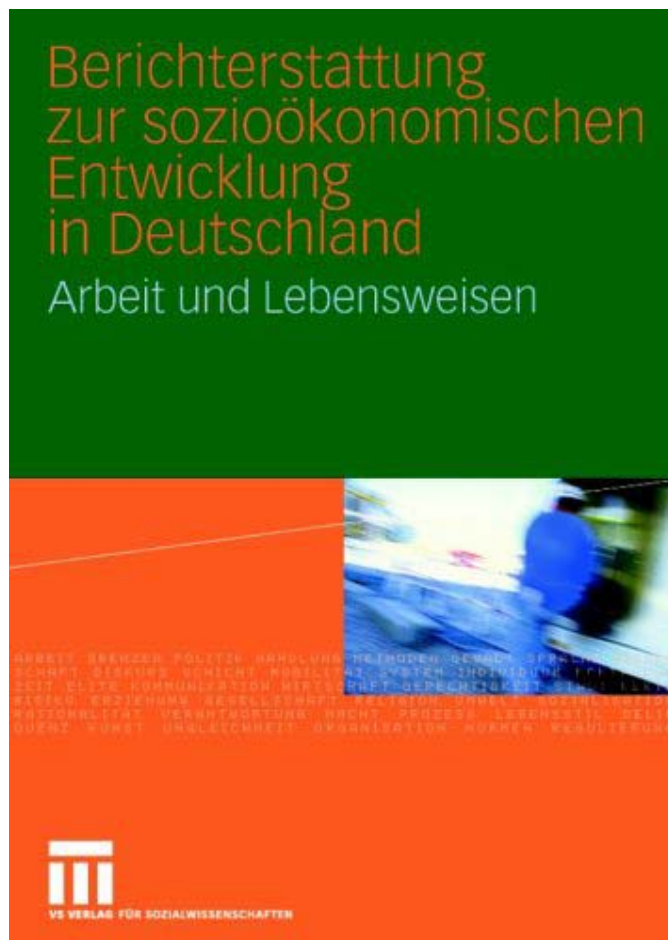
Die Bundesregierung hat im Jahr 2000 einen Forschungsverbund aus vier sozialwissenschaftlichen Instituten damit beauftragt, eine umfassende sozio-ökonomische Analyse der Entwicklung in Deutschland vorzulegen. Mit der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive sind zwei der wesentlichen Blickrichtungen eingefangen, die auch die professionelle Bildungs- und Berufsberatung ein-

nehmen muss. Themen und Ergebnisse des umfassenden Ergebnisbandes, der Ende August vorgelegt wurde, sind entsprechend interessant. Wir dokumentieren die beiden Pressemitteilungen des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Veröffentlichung der Ergebnisse sowie das Inhaltsverzeichnis der Publikation.

*Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI),
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB),
Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF),
Internationales Institut für empirische Sozialökonomie
(INIFES):*

***Berichterstattung zur sozioökonomischen
Entwicklung in Deutschland
- Arbeit und Lebensweisen,
Erster Bericht,***

***Wiesbaden,
Verlag für Sozialwissenschaften, 2005
ISBN 3-531-14316-6
625 Seiten, mit Daten-CD,
45,90 EUR.***



Quelle: Pressemitteilung des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) vom 29.08.2005

Was ist das Neue und Spezifische dieser Berichterstattung aus der Sicht der wissenschaftlichen Institute?

Den Ausgangspunkt unserer Arbeit vor fast fünf Jahren bildete das in Politik und Wissenschaft verbreitete Bewusstsein, dass sich das sehr erfolgreiche Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit in Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten in einem tief greifenden Wandel befindet. „Deutschland im Umbruch“ ist die Perspektive, aus der heraus das Ihnen vorgelegte Buch geschrieben ist. Insofern geht es um langfristige Veränderungen oder genauer: um die Deutung der aktuellen Situation in Deutschland vor dem Hintergrund dieses Wirtschafts- und Sozialmodells. In unseren Augen werden auch die gegenwärtigen politischen Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaats und die großen Enttäuschungen, die sich in den letzten Jahren über die Politik beobachten lassen, besser verständlich, wenn man die Geschichte erzählt, wie sich das Verhältnis von wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gewandelt und den Alltag der Menschen verändert hat.

Die vier Institute, die den Bericht erarbeitet haben und ihn nun – ungewollt mitten im Wahlkampf – als Buch vorlegen, haben eine Fülle von Daten zusammengetragen, mit denen sie Umbruch und Kontinuität der Lebensverhältnisse in Deutschland beschreiben. Das Buch sollte nicht nur als Nachschlagwerk gelesen werden, so sehr es auch mit Daten gefüllt ist. Der Reiz dieses Ansatzes: Nicht anonyme Trends wie Globalisierung, demografischer Wandel oder Wissensgesellschaft bestimmen, wie wir künftig leben und wirtschaften werden. Wirtschaftlicher Erfolg beruht auch auf alltäglichen Wahlentscheidungen, die in Millionen von Haushalten fallen, und umgekehrt hängt von Unternehmensstrategien ab, welche Wahlmöglichkeiten diese Haushalte haben. Daher sind die Themen des Berichts so gewählt, dass eine möglichst dichte Beschreibung dieses Zusammenspiels möglich ist. Abnehmendes wirtschaftliches Wachstum lässt sich aus Sicht der Autoren auch dadurch erklären, dass in einer Situation

des Umbruchs die Spannung zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung zunimmt.

- Wie die Zeitbedürfnisse von Unternehmen und Haushalten zusammen zu bringen sind,
- wie die soziale Sicherung nicht erst bei Langzeitarbeitslosigkeit, sondern bereits bei häufig wechselnden Erwerbsformen und häufigeren Phasen von Arbeitslosigkeit organisiert wird,
- in welchem Umfang beide Eltern kleiner Kinder erwerbstätig sein können, auf welche Dienstleistungen sie dabei angewiesen sind und wie diese finanziert werden können,

das sind Beispiele gesellschaftspolitischer Gestaltung, für welche die Politik in Deutschland verantwortlich bleibt - trotz Globalisierung. Maßstab erfolgreicher Gestaltung wäre für die Autorinnen und Autoren, dass alle Teile der Gesellschaft die gleichen Chancen auf Vielfalt in ihren Lebensweisen bekommen: „Je mehr individuelle Verschiedenheit das erreichte Niveau gesellschaftlicher Entwicklung ermöglicht, desto ausgrenzender werden alte und neue Strukturen sozialer Ungleichheit empfunden, die Individuen und Haushalte von solchen Wahlmöglichkeiten ausschließen.“

Für die Politik ist dieser Ansatz unbequem, wie Forschungsministerin Edelgard Bulmahn im Vorwort bemerkt: „Optimistisch stimmt, dass das, was die Autorinnen und Autoren das zugrunde liegende Produktions- und Sozialmodell nennen, als politisch gestaltbar angesehen wird. Unbequem ist, dass die Muster des alten ‚Modells Deutschland‘ in einer Situation des Umbruchs im Westen und des Systemwechsels im Osten nicht mehr als Orientierung dienen können.“ Kompliziert wird die deutsche Lage dadurch, dass nach den Ergebnissen des Berichts Ost- und Westdeutschland in zentralen Feldern zwei verschiedene Gesellschaften im gemeinsamen Staat bleiben.

Die sozioökonomische Berichterstattung sieht sich selbst als kritischen Beitrag zur „Lissabon-Strategie“ der Europäischen Union. Auch die EU will das „europäische Sozialmodell“

modernisieren und verbessern, und dabei ihre Wachstumsziele nicht durch ein Unterbieten bei Arbeitsbedingungen und sozialen Sicherungsstandards, sondern durch „eine positive und dynamische Wechselwirkung zwischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ erreichen. Doch während die EU derzeit ihre Strategie „vereinfachen und straffen“, d.h. vorrangig auf mehr Wirtschaftswachstum ausrichten will, möchte der vorliegende Bericht zum Umbruch des deutschen Entwicklungsmodells mit der Frage nach den sozialen Voraussetzungen ökonomischen Erfolgs erst richtig ernst machen. Er hofft darauf, dass eine Ökonomie, die alltägliche Lebensweisen individueller gestaltbar macht, sich politisch besser gestalten lässt - und vielleicht sogar wieder dynamischer wächst.

Die Federführung und die Koordination für dieses ehrgeizige Projekt, das in den nächsten Jahren fortgesetzt werden soll, lag in Göttingen - am Soziologischen Forschungsinstitut an der Georg-August Universität. Sprecher des Instituteverbands, dem außerdem das

Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Münchener Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) und das Augsburger Internationale Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES) angehörten, war Prof. Dr. Martin Baethge und Koordinator Dr. Peter Bartelheimer.

Wird es dem neuen Berichtsansatz schaden, dass er nun mitten im Wahlkampf erscheint? Wir hoffen nicht; denn wir argumentieren, dass wirtschaftliche Entwicklung tagtägliche Wahlentscheidungen und Leistungen von Familien und Haushalten zur Voraussetzung hat: Wie teilen wir Erwerbs- und Hausarbeit? Verspreche ich mir von der Agentur für Arbeit Unterstützung bei der Arbeitssuche? Müssen wir uns zwischen Kindern und Bildung entscheiden? Kann ich mir Dienstleistungen bei Pflege oder Kinderbetreuung leisten? Vielleicht ist es gar nicht schlecht, gerade im Wahlkampf daran zu erinnern, dass Gesellschaftspolitik im Alltag zur Wahl steht und daran gemessen wird, was sie hier an Wahlmöglichkeiten bietet.

Catenhusen:

„Erfolgreiche Gesellschaftspolitik muss veränderten Lebenssituationen Rechnung tragen“

Bericht zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland erschienen

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 30.08.2005

Nach Ansicht des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Wolf-Michael Catenhusen benötigt die Politik in immer stärkerem Maße wissenschaftliche Daten. „Für die Weiterentwicklung unserer komplexen und hochmodernen Gesellschaft brauchen wir die wissenschaftliche Bestandsaufnahme und Analyse“, sagte Catenhusen am Dienstag in Berlin. Er stellte dort ein neues sozialwissenschaftliches Berichtssystem vor. Vier führende sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute analysierten die sozio-ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik

Deutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten. Das BMBF finanzierte die Arbeit über fünf Jahre mit 2,1 Millionen Euro.

Das 625 Seiten starke Standardwerk (Berichterstattung zur sozio-ökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005) richtet sich vor allem an Politik und Verwaltung sowie Verbände und die Wissenschaft.

Catenhusen wies darauf hin, dass soziale Reformen nicht nur eine Frage des Geldes seien. „Wir müssen die neue Vielfalt der Arbeits- und

Lebensmodelle angemessen berücksichtigen und sozialen Ungleichheiten bei Bildung, Arbeit und sozialer Sicherheit entgegen treten.“ Dafür sei eine differenzierte Datenbasis unerlässlich, die neue Entwicklungen sichtbar werden lässt. Die statistische Analyse zeigt, dass auch 15 Jahre nach der Vereinigung die Unterschiede der Lebensweisen in Ost und West markant sind: So ist in den Neuen Ländern bei den Paarhaushalten mit Kindern das Modell zweier voll berufstätiger Partner mit 42 Prozent am häufigsten (alte Bundesländer: 13 Prozent), während im Westen in solchen Familien meistens nur ein Partner berufstätig ist (48 Prozent gegenüber 35 Prozent im Osten).

Das oft behauptete „Ende der Arbeitsgesellschaft“ ist aus den Statistiken nicht ablesbar. Während die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit bei den Unqualifizierten von 35,9 Stunden auf 29,6 Stunden sank, blieb sie für die hoch Qualifizierten in Westdeutschland mit gut 43 Stunden unverändert hoch. Gleichzeitig schlugen die zunehmenden Anforderungen an die Flexibilität auf die Familie durch. Vor allem hoch qualifizierte Frauen entscheiden sich zunehmend gegen Kinder.

Catenhusen machte deutlich, dass eine erfolgreiche Gesellschaftspolitik heute zu einem hohen Maß Zeitpolitik sein müsse. „Die Politik muss den veränderten Lebenssituationen Rechnung tragen und mehr Angebote für Kin-

dergärten und Schule machen.“ Er verwies dabei auf das Vier-Milliarden-Euro-Programm des Bundes zum Aus- und Aufbau von Ganztagschulen.

Die Autoren des Buches widmen sich in 21 Beiträgen unter anderem den aktuellen Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt, aber auch den vielfältigen Formen des Zusammenlebens, der Lebensverläufe sowie dem Wandel der sozialen Einbindung und gesellschaftlichen Teilhabe in Deutschland. Sie stellen unter anderem eine direkte Verbindung zwischen niedriger Bildung und sozialer Isolation fest. Außerdem sind Qualifizierte häufiger ehrenamtlich engagiert. Bildung hat eine Schlüsselrolle für gesellschaftliche Entwicklung. Die Studie bestätigt den zentralen Stellenwert, den die Bundesregierung einer Bildungspolitik der individuellen Förderung und sozialen Chancengerechtigkeit gegeben hat.

Das sozio-ökonomische Berichtssystem ist Teil der BMBF-Förderinitiative „Bessere Daten für eine bessere Politik“. Beteiligt sind das Soziologische Forschungsinstitut in Göttingen (SOFI), das den Verbund koordiniert, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB), das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF) und das Internationale Institut für empirische Sozialökonomie Stadtbergen (INIFES).

Inhalt

| | | | |
|-----|---|--------------------------------------|----|
| | Vorwort | Edelgard Bulmahn | 7 |
| | Zu diesem Bericht | | 9 |
| I. | Einführung | | |
| I.1 | Deutschland im Umbruch | Martin Baethge Peter Bartelheimer | 11 |
| I.2 | Sozioökonomische Entwicklung als Gegenstand der Berichterstattung | Martin Baethge Peter Bartelheimer | 37 |

| | | | |
|--------|---|---|-----|
| I.3 | Querschnittsthemen: Demographie, Gender, Ostdeutschland | Karin Gottschall Ernst Kistler Rainer Land | 63 |
| II. | Themenfelder | | |
| II.1 | Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung | Peter Bartelheimer | 85 |
| II.2 | Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit | Nick Kratzer Dieter Sauer | 125 |
| II.3 | Informelle Arbeit und Lebensweisen | Tatjana Fuchs Dietmar Dathe Ernst Kistler | 151 |
| II.4 | Bildung und soziale Strukturierung | Martin Baethge Peter Kupka | 177 |
| II.5 | Informatisierung | Andreas Boes | 211 |
| III. | Berichtsgegenstände | | |
| III.1 | Beschäftigungsverhältnisse | Holger Alda | 245 |
| III.2 | Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung | Peter Bartelheimer Markus Wieck | 271 |
| III.3 | Erwerbsverläufe | Tanja Schmidt Christoph Schmitt | 303 |
| III.4 | Reorganisation des Unternehmens | Dieter Sauer Andreas Boes Nick Kratzer | 323 |
| III.5 | Migration | Peter Bartelheimer | 351 |
| III.6 | Zeitmuster – Zeitverwendung im Kontext von Erwerbsarbeit und Haushalt | Nick Kratzer Tatjana Fuchs Alexandra Wagner Dieter Sauer | 381 |
| III.7 | Haushaltsproduktion | Tatjana Fuchs | 403 |
| III.8 | Informelle soziale Beziehungen | Christoph Schmitt | 433 |
| III.9 | Bürgerschaftliches Engagement | Dietmar Dathe | 455 |
| III.10 | Qualifikation und Arbeitsmarktdynamik | Werner Dostal | 481 |
| III.11 | Weiterbildung/lebenslanges Lernen und soziale Segmentation | Ingrid Wilkens | 505 |
| III.12 | Digitale Spaltung | Andreas Boes Josef Preißler | 523 |
| IV. | Sozioökonomischer Berichtansatz – Konzept, Daten, Indikatoren | Peter Bartelheimer | 549 |

Pressemeldungen

Quelle: *Schweriner Volkszeitung* vom 16. August .2005
www.SVZ.de

Schüler scheitern an Berufstests

DGB: Statistik geschönt / Wirtschaft klagt über mangelnde Ausbildungsreife

Schwerin • Schlechte Noten für Schulabgänger in MV. Ob Lesen, Schreiben, Rechnen, Verhalten oder Motivation: Die Ausbildungsreife vieler junger Leute lässt zu wünschen übrig. Jedes zweite Unternehmen klagt über das Niveau der Bewerber für Lehrstellen. Besonders Hauptschüler haben im Berufswahltest schlechte Karten.

Von Torsten Roth

Heftiger kann die Kritik kaum ausfallen: "Das Allgemeinwissen der jungen Leute ist teilweise katastrophal", meint Rolf Heidenberger. Ob Deutsch oder Mathematik: "Die Bewerber gehören oft nicht zu den Stärksten", meint der Geschäftsführer der Fleischwerk Edeka GmbH. 21 junge Leute hat er in diesem Jahr für das noch im Bau befindliche neue Fleischwerk in Valluhn (Landkreis Ludwigslust) eingestellt. Im kommenden Jahr sollen weitere hinzukommen. Zwar sei die reine Theorie nicht immer das Entscheidende. "Nicht jeder muss Abiturient sein. Wir brauchen Leute die ordentlich, fleißig, ehrlich und pünktlich sind", meint der Manager. Doch die Leistungen "lassen oft zu wünschen übrig."

Gravierenste Defizite attestiert die Wirtschaft den Bewerbern. Und die Klagen über die mangelnde Ausbildungsreife wollen seit Jahren nicht enden. Heidenberger sieht sich selbst in der Pflicht: "Wer will, wird unterstützt." Ein Meister sei eigens für die Ausbildung eingeteilt. "Auszubildende mit Problemen in der

Schule bekommen Nachhilfe im Unternehmen."

Arbeitsagenturen weiten Testverfahren deutlich aus

So viel Glück haben die wenigsten Lehrstellenbewerber. Wer in der Schule versagt hat, schiebt vor der Ausbildung ein berufsvorbereitendes Jahr ein. Mangelnde Ausbildungsreife wurde ihnen zuvor bei den Beratungsgesprächen in den Arbeitsagenturen bescheinigt. Computergestützte Berufswahltests stellen besonders Schüler mit und ohne Hauptschulabschluss vor hohe Hürden. So werden u. a. Logik, räumliches Vorstellungsvermögen, Rechnen und Sprache der Schulabgänger auf den Prüfstand gestellt. "Wir wollen klären, ob die Jugendlichen in der Lage sind, die berufsbezogenen Anforderungen zu bewältigen", erklärt Martin Görtzen, Berufsbildungschef der Arbeitsagentur Schwerin. Ohne Ausbildungsreife mache es keinen Sinn, die jungen Leute in die Unternehmen zu schicken, meint Arbeitsagenturchef Helmut Westkamp. Dazu seien die seit zehn Jahren praktizierten Berufswahltests in MV in diesem Jahr vorverlegt worden. Jungen Leuten sollen damit unnötige Misserfolgserlebnisse in der Bewerbungsphase erspart bleiben. Bis Ende Mai nahmen fast 1600 Schulabgänger an Berufswahltests teil, 1200 mehr als ein Jahr zuvor.

Berufsvorbereitung im Betrieb gefordert

Mit ernüchterndem Ergebnis: Hunderte Testteilnehmer konnten nicht mithalten. Zu Unrecht, schlägt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Alarm. "Der Ermessensspielraum werde zu Ungunsten der jungen Leute ausgelegt", wettert DGB-Landesvize Ingo Schlüter. Mit dem Verfahren werde die Statistik geschönt. Jene, die den Test nicht bestanden, würden automatisch zu Nicht-Bewerbern. Durch eine Ausweitung der Berufsvorbereitungsmaßnahmen werde das wahre Ausmaß der Lehrstellenlücke kaschiert, erklärt Schlüter. Mit dem "fragwürdigen Verfahren" gehe es weniger darum, den Jugendlichen gerecht zu werden, als die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt zu schließen. Statt junge Leute "auszumustern" und sie erneut in die Schule zu schicken, sollte die Berufsvorbereitung in die Betriebe verlagert werden, forderte Schlüter. Bei einem entsprechenden Projekt hätten 13 von 14 jungen Leuten im Anschluss eine Lehrstelle im Betrieb bekommen.

IHK: Zu oft Bewerber gezählt, die keine waren

Der DGB-Chef schlug vor, das von der IG Metall und dem Arbeitgeberverband Nordmetall in Hamburg erprobte Konzept QUAS PLUS zur betrieblichen Berufsvorbereitung in MV zu übernehmen. Um die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern forderte der DGB-Vize Wirtschaftsminister Otto Ebnet (SPD) auf, das Landesbündnis für Ausbildung einzuberufen.

Die gewerkschaftliche Kritik stößt indes in der Wirtschaft auf massive Gegenwehr. "Die Statistik sei nicht geschönt, sondern endlich ehrlicher geworden", meint IHK-Geschäftsführer Jürgen Mundt. Nur zu oft seien bislang Bewerber gezählt worden, die wegen mangelnder Ausbildungsreife gar keine waren. Je eher die Berufswahltests durchgeführt würden, je besser könne bei Defiziten mit anderen Berufsstrategien reagiert werden, verteidigte Mundt das Prozedere. Die vom DGB geforderte betriebliche Berufsvorbereitung sei längst Realität. Im Ausbildungspakt habe die Wirtschaft zugesagt, Plätze für eine sechs- bis zwölfmonatige Einstiegsqualifizierung einzurichten. In MV stellten bislang 223 Unternehmen 388 Praktikumsplätze zur Verfügung. "Das funktioniert", meint Mundt. "Da brauchen wir keine Laborversuche."

Quelle: *Süddeutsche Zeitung* vom 19. April 2005, Seite 34
www.Sueddeutsche.de

Nachhilfe für leise Lenker

Wenn Eltern bei der Karriereplanung ihrer Kinder mitreden wollen,
sollten sie ihr Wissen auffrischen

von Chris Löwer

Der Schulabschluss naht und damit die Frage: Was soll aus mir werden? Und schon wird die Sache kompliziert. Nicht nur für Schüler, sondern auch für Eltern. "Obwohl sich der Nachwuchs meist selbstständig gibt, verlässt er sich unausgesprochen doch auf die Eltern und erwartet Unterstützung bei der Entscheidungsfindung", sagt Jörg Ungerer vom Kölner Unternehmen Einstieg, das sich auf die Berufsberatung von Schülern spezialisiert hat. Nun hat das Institut auch die Eltern als Zielgruppe entdeckt. In Workshops lernen sie, wie sie ihre Kinder zwischen rosaroten Vorstellungen vom Traumjob und lethargischer Orientierungslosigkeit auf die richtige Bahn lenken.

Einfach ist das nicht: Wer kennt sich schon aus im Dickicht immer neuer Ausbildungsberufe, Studiengänge und Lernmöglichkeiten? Ein Abiturient kann allein zwischen 360 Ausbildungsgängen und 9000 Studienmöglichkeiten wählen.

Im Zweifel raten die Eltern dann zum Altbekannten. "Die Unübersichtlichkeit in der Berufswelt führt bei vielen Schulabgängern dazu, dass sie sich in vertrauten Berufen ausbilden lassen", sagt Ungerer. Motto: Da weiß man, was man hat.

Entsprechend überraschungsfrei sind die Statistiken der Arbeitsagenturen. Zwei Drittel aller Schulabgänger, die sich in einem Betrieb ausbilden lassen, entscheiden sich für einen der Top-25-Jobs: Kfz-Mechaniker, Bürokauffrau, Bankkaufmann, Arzthelferin und so weiter.

Ähnlich einfallsreich ist das Studierverhalten: BWL, Jura, Germanistik und Medizin sind die Lieblinge, die nicht selten nach dem Schema "In Deutsch war ich schon immer gut" auserkoren werden. Folge: 40 Prozent aller Studienanfänger wechseln das Fach, 25 Prozent geben früher oder später ganz auf.

Dass die Eltern die einflussreichsten Berufsberater sind, belegt die Studie "Berufswahl in Hamburg 2004". Nach der repräsentativen Umfrage, die unter anderen im Auftrag der Bildungsbehörde und Arbeitsverwaltung durchgeführt wurde, verlassen sich Jugendliche bei der Karriereplanung an erster Stelle auf den Rat ihrer Eltern. Erst dann folgen die professionelle Beratung, Praktika und Internetangebote als Orientierungshilfen. Trotzdem gibt es keinen einzigen Ratgeber zur Berufswahl, der sich ausdrücklich an Eltern wendet. Auch bei den Informationsveranstaltungen an den Schulen und Arbeitsagenturen bleiben die Eltern in der Regel außen vor.

Die Verfasser der Hamburger Studie merken an, dass Mütter und Väter als Berufsberater fachlich meist überfordert seien. Zwar sind sie mit den Stärken und Schwächen ihrer Kinder meist einigermaßen vertraut, kennen sich aber kaum auf dem aktuellen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aus. "Darum müssen wir die Eltern vermehrt in die Berufsorientierung einbinden und sie bei der Beratung ihrer Kinder unterstützen", fordert Alfred Lumpe von der Hamburger Bildungsbehörde. "So können wir wirksam dazu beitragen, dass beispielsweise auch neue Ausbildungswege und Berufsbilder wahrgenommen werden."

Für die Eltern heißt das: Nachhilfe nehmen und bloß nichts falsch machen. Am Anfang des Workshops steht Grundsätzliches. Ungerer: "Eltern müssen lernen, Abstand von dem stark emotionalisierten Zugang zum Thema zu gewinnen. Denn das macht sie zu problematischen Ratgebern." Die Devise "Mein Kind soll es einmal besser haben" oder "Es soll werden können, was ich nicht konnte" sei hinderlich für den ungetrübten Blick auf die individuellen Fähigkeiten, Interessen und Perspektiven. Und ganz gleich, wie verrückt ein Berufswunsch zunächst klingen mag, den Eltern wird nahe

gelegt, ihn erst einmal ernst zu nehmen, realistisch einzuschätzen und zu begreifen, was dahinter steckt. Überdies wird auf die vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten hingewiesen, die unterschiedlichen Lerntypen gerecht werden und wegführen von der simplen Alternative: Uni oder Lehre.

Und wenn die Eltern dann bestens im Bilde sind über die moderne Berufswelt? "Dann muss die Balance gefunden werden zwischen leiser Lenkung der Eltern und eigener Gestaltung der Kinder", sagt Ungerer.

Veranstaltungshinweise

Professionelle Arbeit in der Bildungs- und Berufsberatung braucht die ständige Fortbildung in einem breiten Spektrum methodischer, wirtschafts- und berufskundlicher sowie bildungs- und sozialpolitischer Themen. Deshalb sollen

entsprechende Veranstaltungshinweise besonders auch hierfür Anregungen geben. Auch hier – wie in allen anderen Rubriken der iBB – sind Hinweise und Beiträge aus der Leserschaft herzlich willkommen. (K.K.)

Chancen für Schulumüde

16. September 2005 in Leipzig

Kurzbeschreibung:
Abschlussstagung des Netzwerks Prävention von Schulumüdigkeit und Schulverweigerung.

Inhalt/Ablauf:
Vorstellung der Arbeitsergebnisse des Netzwerks; Diskussion; Praxisberichte; Untersuchungsberichte

Veranstaltungsort:
Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig

Beginn: 11:00 Uhr

Zielgruppe:
Fachkräfte aus Schulen, aus der Sozialarbeit, aus Verbänden und Verwaltungen

Kosten:
keine

Veranstalter:
Netzwerk Prävention von Schulumüdigkeit und Schulverweigerung, DJI e.V., Gabriele Kämpfe
Franckeplatz 1 / Haus 12/13, 06110 Halle
Fax: 03 45 / 6 81 78 - 47
E-Mail: kaempfe@dji.de
Internet: <http://www.dji.de/schulumuedigkeit>

**Herbsttagung der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik der DGfE
gemeinsam mit dem 6. AGBFN Forum:
Europäisierung als Determinante einer neuen Systemarchitektur
der beruflichen Bildung**

19. - 21. September 2005 in Erfurt

Fallmanagement in der Praxis der Jobcenter

26. - 29. September 2005 in Berlin-Wannsee

Quelle: www.Deutscher-Verein.de

Zielgruppe: Leitende Mitarbeiter/innen in Jobcentern

Das Fallmanagement ist ein wichtiges – wenn nicht sogar das wichtigste – Kernelement der Hartz IV-Reform. Von dessen Qualität wird es entscheidend abhängen, dass nicht nur das Prinzip des Forderns, sondern auch das Prinzip des Förderns im Interesse der betroffenen arbeitslosen Menschen umgesetzt wird. Der Deutsche Verein hat deshalb schon frühzeitig Empfehlungen zu Qualitätsstandards für das Fallmanagement erarbeitet.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen soll die Tagung ein Forum bieten für die Weiter-

entwicklung der Praxis in den Jobcentern. Dabei werden ggfs. neuere wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso berücksichtigt wie die dann vorliegenden Erfahrungen aus Modellprojekten.

Die Inhalte der Veranstaltung werden kurzfristig festgelegt, um den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Kosten: 174 € ohne Unterkunft und Verpflegung (kann bei der Tagungsstätte zusätzlich gebucht werden)

Telefonische Auskunft: (0 30) 6 29 80-605 / -606 / -607

Fortbildung Online-Beratung

27. – 28. September 2005 in Iserlohn

Quelle: www.dvb-Fortbildung.de

Weiterbildung zur Online-Beraterin und Online-Berater nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Online-Beratung (DGOB)

Ziele

Ziel der Zusatzausbildung ist die Entwicklung einer Online-Beratungskompetenz im Bereich Mail, Chat und Foren. Dazu gehört die Befähigung zur Computerliterateität; das heißt Kenntnisse des Mediums Computer und seine Möglichkeiten zu nutzen, die praktische Fähigkeit in Handhabung und Umgang zu kennen und eine Einstellung im Kontext der gesellschaftlichen Bedeutung zu haben.

Vorraussetzungen

Vorraussetzung der Zusatzausbildung ist eine Beratungskompetenz, die vertraut ist mit dem klientenzentrierten Ansatzes Carl Rogers, verschiedenen Ansätze der humanistischen Psychologie sowie eine Kommunikationskompetenz im Hinblick auf die wichtigsten theoretischen Grundlagen der Kommunikationspsychologie und Methodenkompetenz.

Inhalte

Besonderheiten der digitalen Kommunikation
Die online Beratung bedient sich eines Computers und fällt technisch unter den Begriff der digitalen Kommunikation. Beim Kommunizieren per (E-)Mail, Chat oder in den Foren stehen nicht mehr alle verfügbaren akustischen, visuellen, kinesthetischen und olfaktorischen Sinneswahrnehmungen zur Verfüg-

gung. Die analoge Kommunikation ist begrenzt; alleine der Text spricht.

Lesekompetenz meint die Fähigkeit, geschriebene Texte unterschiedlicher Art in ihren Aussagen, ihren Absichten, ihrem Sinnzusammenhang und ihrer formalen Struktur zu verstehen und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, sowie die Befähigung, Texte für unterschiedliche Belange sachgerecht zu nutzen. Lesen bedeutet, die geschriebenen Worte aufzunehmen, zu erfassen und daraus ein Verständnis dessen zu erlangen, was die Verfasserin oder der Verfasser sagen wollte.

Schreibkompetenz das Schreiben stellt eine spezifische Form der Kommunikation dar, die unter besonderen Bedingungen stattfindet. Bei der schriftlichen Kommunikation handelt es sich um eine zerdehnte Kommunikation, d.h. um eine Verständigung über Raum und Zeit hinweg. Es wird mit einem abwesenden, vielleicht sogar unbekanntem Gegenüber kommuniziert. Das Produzieren eines Textes geschieht in einem eigenen Prozess, der sich über eine gewisse Zeit erstreckt und an dem unterschiedliche Teilhandlungen wie das Planen, das Formulieren, das Niederschreiben und das Überarbeiten beteiligt sind. Das Schreiben erfordert wegen der besonderen Rahmenbedingungen auch besondere kognitive Fertigkeiten, da der Text eine Wirkung erzeugen soll.

25 Jahre berufliche Benachteiligtenförderung

27. - 28. September 2005 in Bonn

Kurzbeschreibung:

Am 1.6.1980 wurde mit einem Modellprogramm des BM für Bildung und Wissenschaft die "Förderung der Berufsausbildung von Jugendlichen mit schulischen Defiziten" gestartet.

Internetkompetenz

Grundkenntnisse über technische Modalitäten, wie z.B.: Herstellen einer Internetverbindung, Einrichten von E-Mail Adressen, schnelle und gezielte Informationssuche

Sicherheitskompetenz

Schließen von Sicherheitslücken, Abwehren von Viren und Trojanern, Erhöhung der Sicherheitseinstellungen

Umfang

6 Kurstage

insgesamt 113 UStd

Ort: Haus Ortlohn, Iserlohn

Termine:

1. Kursabschnitt: 27.-28. September 2005

2. Kursabschnitt: 30.11. -01 Dezember 2005

3. Kursabschnitt : 7.-8. Februar 2006.

Kosten

Die Kurskosten betragen insgesamt € 1.140,--. Der Kurs kann nur als Gesamtkurs gebucht werden.

Anmeldung und Information

Elisabeth Lane-Brandau

Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn

Fon 02371/352-175

Fax 02371/352-189

Inhalt/Ablauf:

Die Ansätze der beruflichen Förderung von benachteiligten jungen Menschen sollen anhand der bisherigen Entwicklungen beleuchtet, im Lichte der heutigen Situation diskutiert und Perspektiven für die nächsten Jahre aufgezeigt werden.

Veranstaltungsort:
Ahrstrasse, Bonn

Kosten: 40,-€

Zielgruppe:
Vertreterinnen und Vertreter aus dem Handlungsfeld der Benachteiligtenförderung (begrenzter TN-Kreis)

Veranstalter:
BiBB/GPC + BMBF + Uni Hannover
Tel: 0228-107-0
E-Mail: gpc@bibb.de
Internet: <http://www.bibb.de>

Detailinformationen unter
www.good-practice.de/tkal/data/a112306069580c05829d8309d5baddf087101d17a3c.pdf

Jugendberufshilfe und Schule Perspektiven eines neuen Kooperationsverständnisses beim Übergang in Beruf und Arbeitswelt

28. - 30. September 2005 in Rehburg-Loccum

Kurzbeschreibung:
Lernen Kinder, was sie brauchen - und warum scheitern so viele am Bildungssystem? Bildung ist mehr als Schule! Kooperation von Schule und Jugendhilfe

Zielgruppe:
Experten, Interessierte

Inhalt/Ablauf:
Workshops zu Praxisbeispielen; Diskussionen, Erfahrungsaustausch; Kosten und Nutzen der Überwindung von Bildungsbenachteiligung; Perspektiven für ein tragfähiges Kooperationskonzept

Kosten:
140,00 € für Übernachtung, Verpflegung, Kostenbeitrag; für Studierende (bis 30 Jahre) Ermäßigung nur gegen Bescheinigung auf 70,00 €: Eine Reduzierung der Tagungsgebühr für eine zeitweise Teilnahme ist nicht möglich.

Veranstaltungsort:
Münchehäger Straße 6,
31545 Rehburg-Loccum

Veranstalter:
Andrea Grimm,
Evangelische Akademie Loccum
Münchehäger Straße 6,
31545 Rehburg-Loccum
Tel: 0 57 66 / 81 - 1 27
E-Mail: Andrea.Grimm@evlka.de
Internet: <http://www.loccum.de>

Beginn: 28. September, 15:30 Uhr
Ende: 30. September, 12:30 Uhr

Ausbilderinnen- und Ausbildertag „Mit neuen Ausbildungsordnungen zu veränderten Prüfungsstrukturen“

29. - 30. September 2005 in Konstanz

Beginn: 10.00 Uhr

Folgende Themen sind vorgesehen:

1. Erste Erfahrungen mit neuen Prüfungen in den Elektroberufen
2. Welche Veränderungen sind bei den Prüfungen für die Metallberufe zu erwarten?
3. Methodische Konzepte zur Realisierung der Zeitrahmenmethode in Verbindung mit Lernfeldern im Rahmen der Ausbilderqualifizierung
4. Prozessorientierte Ausbildung und Prüfung in den neuen Kfz-Berufen
5. Kompetenzentwicklung durch handlungsorientierte Ausbildung mit Lern- und Arbeitsaufgaben in den Berufsfeldern Bau, Chemie, Mechatronik, Wirtschaft und Verwaltung
6. Unterrichten in Lernfeldern im Hinblick auf den Zeitrahmen der Ausbildungsordnungen
7. Arbeitsintegriert Ausbilden und Lernen - Konzepte und Modelle

8. Internationalisierung in der Berufsbildung

Die Fachausstellung "Alles für die berufliche Bildung", organisiert mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung, vervollständigt das Programm. Detaillierte Informationen sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter www.christiani.de.
Buchungs-Nr. 700550, EUR 85,00

Pressekontakt:
Patricia Rieflin,
Public Relations/ Werbeplanung
Tel: 07531 5801-14,
rieflin@christiani.de

Dr.-Ing. Paul Christiani GmbH & Co.KG
Technisches Institut für Aus- und Weiterbildung
Hermann-Hesse-Weg 2
78464 Konstanz
Tel: 07531 5801-26/ Fax: 07531 5801-85
info@christiani.de

Fachtagung Perspektiven Berufsbildung

12. - 13. Oktober 2005 in Bielefeld

Programm:

12. Oktober

11.00 Uhr Begrüßung (W. Arndt Bertelsmann)

11.15 - 11.45 Uhr

Die Novelle des Berufsbildungsgesetzes
(Vortrag Manfred Kremer, Präsident des Bundesinstitutes für Berufsbildung)

11.45 - 12.30 Uhr - Podiumsdiskussion

Moderation Michael Thamm, WDR
Teilnehmer: Dr. Günter Lambertz (DIHK), Dr. Wolfgang Kehl (VLW), Volker Scharlowsky (DGB), Tanja Nackmayr (BDA)

12.30 - 14.00 Uhr Mittagessen

14.00 - 17.00 Uhr

Workshop I –

Wissensmanagement: Neue Impulse für die Unternehmensentwicklung?

Moderation: Oliver Lehnert, Zeitschrift wissensmanagement

ReferentInnen: Monika Lakemeyer (Campus Consult e.V.), Dr. Dorothea Schemme (BIBB), Christian Keller (ck2)

Workshop II –

Regionale Netzwerke: Geht gemeinsam alles besser?

Moderation Reinhard Selka

ReferentInnen: Dr. Christiane Eberhardt (BIBB), Katharina Kanschat (Kausa), Prof. Dr. Günter Albrecht (Regiokom)

Workshop III-

Internationalisierung: Späte Antwort auf die Globalisierung?

Moderation Dr. Gisela Dybowski (BIBB)

Referenten: Ulrich Krammenschneider (GTZ), Dr. Peter-Werner Kloas (ZDH), Dr. Eckart Severing (FBB)

ab 19.00 Uhr

Empfang und Grußwort des Bielefelder Oberbürgermeisters Eberhard David, anschließend Preisverleihung des Hermann-Schmidt-Preises für innovative Berufsbildung 2005 mit anschließendem Abendessen

13. Oktober

9.00 - 10.15 Uhr

Alternde Gesellschaft - Herausforderung für die Gesellschaft (Vortrag Prof. Dr. Herwig Birg mit anschließender Diskussion)

10.15 - 10.45 Uhr Kaffeepause

10.45 - 13.00 Uhr

Workshop IV –

Berufsvorbereitung: Mehr als nur neue Maßnahmen?

Moderation: Bent Paulsen (BIBB)

ReferentInnen: Christoph Eckhardt (QualiNetz Duisburg), Volker Bronzel (Kultusministerium Thüringen), Karen Schober (BA), Dr. Günter Lambertz (DIHK)

Workshop V –

Übergänge in der beruflichen Bildung: Fallen die Grenzen?

Moderation: Dr. Barbara Meifort (BIBB)

ReferentInnen: Kerstin Mucke (BIBB), Prof. Dr. Andrä Wolter (HIS), Ulrich Nordhaus (DGB)

Workshop VI –

Kompetenzentwicklung: Lernen fürs Leben oder für den Job?

Moderation: Ulrich Degen (BIBB)

ReferentInnen: Dr. Hans Dietrich (IAB), Dr. Gesa Münchhausen (BIBB), Hermann Nehls (DGB), Prof. Dr. Wolfgang Wittwer (Univ. Bielefeld)

13.00 Uhr Schlusswort W. Arndt Bertelsmann
anschließend Mittagsbuffet

Ort:

Volkshochschule Bielefeld,
Revensberger Spinnerei, Bielefeld

Die Teilnahmegebühr inkl. Verpflegung beträgt 190,00 € inkl. MwSt. Die Teilnahmegebühr ist nach Erhalt der Rechnung sofort fällig.

Die Anmeldung kann im Internet vorgenommen werden.

Anmeldeschluss ist der 30. 09.2005.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, so dass wir die Anmeldungen nur in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigen können.

Nach Eingang der Anmeldung erhalten Sie eine Anmeldebestätigung. Die Rechnungsstellung erfolgt etwa 4 Wochen vor Tagungsbeginn.

Stornierung

Bei Stornierung der Anmeldung fallen folgende Bearbeitungskosten an:

Stornierung bis zum 30.8.: kostenlos

Stornierung vom 31.8. - 30.9.: 50% der Teilnahmegebühr

Bei Stornierung ab dem 1.10. oder bei Nichtteilnahme ist die volle Gebühr zu entrichten

Selbstverständlich ist die Teilnahme einer Ersatzperson nach Absprache möglich.

Hotelreservierung

Für die Fachtagung hält das Büro Stadtmarketing Bielefeld ein Hotelkontingent für Sie be-

reit. Alle Informationen hierzu erhalten Sie mit der Anmeldung.

Kontakt:
W. Bertelsmann Verlag
Auf dem Esch 4
33619 Bielefeld
E-Mail: fachtagung@wbv.de

Klaudia Künnemann
Tel.: (05 21) 9 11 01-21

Steffen Jahrmarkt
Tel.: (05 21) 9 11 01-37

Weitere Details:
www.Perspektiven-Berufsbildung.de

Startseminar Fortbildung zur Laufbahnberaterin, zum Laufbahnberater nach dem Zürcher Laufbahnberatungs-Modell ZML

27. – 30. Oktober 2005

Quelle: www.dvb-Fortbildung.de
Details unter www.Laufbahnberatung.de

Karriereberatung Toolbox für den erfolgreichen Beratungsprozess

17.-18. November 2005 in Frankfurt am Main

Sie sind in der Karriereberatung tätig oder planen Ihr Beratungsangebot auf dieses Segment auszuweiten.

Der 2-tägige Workshop hilft Ihnen dabei, Werkzeuge und Arbeitstechniken für den Karriereberatungsprozess kennen zu lernen und deren Anwendung praktisch zu üben. Dabei werden auch Elemente des amerikanischen Life-Work-Planningexperten Richard Bolles mit einfließen.

DGfK-Vorstand Doris Brenner Antworten auf die Frage:

Wie gestalte ich erfolgreich den Karriereberatungsprozess?

Mittels Kurzvorträgen, Gruppenarbeiten und praktischen Übungen werden die folgenden Themen erarbeitet:

- Karriereberatung: Ansatzpunkte, Möglichkeiten und Grenzen
- Der Karriereberatungsprozess
- Methoden der Standortbestimmung Balanced Scorecard zu Life/Workplanning
- Kompetenzfelder ergründen
- Fachkompetenz
- Medienkompetenz
- Soziale Kompetenz
- Methodenkompetenz
- Realistische Selbsteinschätzung des zu Beratenden
- Definition von Zielen für den Kunden
- Marktpositionierung des Karriereberaters
- Verträge und Bedingungen von Karriereberatern
- Weiterqualifizierung der Berater

Termin/Ort:

17. und 18. November 2005 in Frankfurt, jeweils von 9.30 Uhr bis 17.00 Uhr

Zielgruppe:

Karriereberater, Coaches, Personalentwickler und Berater, die sich in diesem spezifischen Segment fortbilden möchten. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Kosten:

660.- € zzgl. MwSt.

560.- € zzgl. MwSt. für DGfK - Mitglieder

610.- € zzgl. MwSt. für DGfK -Fördermitglieder

Anmeldung und Organisatorisches:

Mit dem Eingang Ihrer Anmeldung (e-mail, Fax oder postalisch), die wir Ihnen unverzüglich bestätigen werden, erklären Sie sich mit den Teilnahmebedingungen einverstanden. Zusammen mit der Bestätigung erhalten Sie von uns die Rechnung unter Angabe der Bankverbindung. Ihr Platz ist dann reserviert, wenn eine Anzahlung von 50% der Teilnahmegebühr überwiesen ist. Die Restzahlung muss bis 14 Tage vor Beginn des Workshops erfolgen. Bei Stornierung nach unserer Anmeldebestätigung stellen wir Ihnen bis 14 Tage vor Workshop-Beginn 50% der Teilnahmegebühr in Rechnung, danach den vollen Teilnehmerbeitrag. Natürlich können Sie einen Ersatzteilnehmer stellen.

Die Anmeldung erfolgt am einfachsten per Mail über:

doris.brenner@t-online.de

Impressum

verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karl-Heinz P. Kohn

Adresse der Redaktion:
iBB@Kohnpage.de

Die Zeitschrift wird kostenlos als PDF-Dokument zur Verfügung gestellt.

Die Anmeldung zum Abonnement kann durch eine E-Mail (auch leer) an folgende Adresse erfolgen:
iBB-Zeitschrift-subscribe@yahoogroups.de

Am 15. September 2005 verzeichnen die *iBB*

901 Abonentinnen und Abonnenten,

Die Einsendung von Beiträgen ist willkommen. Veröffentlichung vorbehalten. Die *iBB* sind eine ehrenamtliche Dienstleistung für Beraterinnen und Berater. Honorar kann deshalb nicht gezahlt werden.

Bei Leserbriefen geben Sie bitte an, ob Sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind.

Die dokumentierten Beiträge geben nicht immer die Position der Redaktion wieder. Für die Inhalte tragen die Autorinnen und Autoren und die zitierten Medien die Verantwortung.

Leider kann es aus redaktionsökonomischen Gründen nicht durchgängig gelingen, alle dokumentierten Beiträge an die aktuelle deutsche Rechtschreibung anzupassen. Die *iBB* appellieren an alle Autorinnen und Autoren, im Interesse unserer Kinder die bildungsbürgerlich eingeübte Abendlandskritik abzulegen und die aktuelle Rechtschreibung zu erlernen und anzuwenden.

Die *iBB* im Internet:
www.Kohnpage.de/iBB

Die *iBB* sind eine Reaktion auf die bedrohlich schwindenden Ressourcen, die von der öffentlichen Hand für die Bildungs- und Berufsberatung zur Verfügung gestellt werden. Um etwas mehr gegen diese Bedrohung und für eine weiterhin engagierte Beratung jugendlicher und erwachsener Berufswähler zu tun, empfiehlt die Redaktion die Mitgliedschaft und Mitarbeit im *dvb* –



Deutscher Verband für Bildungs- und Berufsberatung e.V. Dieser Interessenverband wurde vor 50 Jahren gegründet. Vielleicht war er nie so wichtig wie heute.



Über die umfangreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im *dvb* kann man sich im Internet informieren unter: www.Berufsberater.net.